



MOMENT!

Die Stimme der Vernunft

Zur Abstimmung vom 28. November 2021

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die direkte Demokratie der Schweiz ist eine grossartige und weltweit einmalige Einrichtung – dank ihr dürfen wir am 28. November über ein Thema abstimmen, das die öffentliche Debatte bestimmt wie derzeit kein zweites. Wäre es nach den Politikern in Bern gegangen, hätten wir – das Volk – nichts zu den massiven Verschärfungen des Covid-Gesetzes zu sagen gehabt, die das Parlament im März absegnet hat. Doch es ist anders gekommen: In nur 3 Wochen haben 187'000 Schweizerinnen und Schweizer das Referendum dagegen unterschrieben. Ein direkt-demokratischer Weltrekord – und ein starkes Signal an die Politik, das es nun am 28. November an der Urne zu bestätigen gilt.

In dieser Zeitung zeigen wir Ihnen auf, was auf dem Spiel steht: Das verschärfte Covid-Gesetz diskriminiert weite Teile der Bevölkerung, es führt eine digitale Massenüberwachung ein und zementiert die Macht der Regierung. Im Dschungel von Propaganda und Fake News schlagen wir Schneisen der Aufklärung und der nüchternen, faktenbasierten Information. Was Sie hier lesen können, ist belegt – wir liefern Ihnen die Quellen und weiterführende Informationsmöglichkeiten.

Auf ein besonderes Highlight möchten wir Sie an dieser Stelle gerne hinweisen: Der international bekannte Philosoph Prof. Michael Esfeld von der Universität Lausanne sagt im Interview: «Was jetzt geschieht, ist für die Demokratie gefährlich.» Durch die bevormundende Politik des Staates würden die Bürgerinnen und Bürger entmündigt.

Dagegen können wir uns wehren – mit einem überzeugten Nein zum unnötigen und extremen Covid-Gesetz am 28. November!



Interview mit Prof. Michael Esfeld

Der Wissenschaftsphilosoph der Uni Lausanne sorgt sich um unseren Rechtsstaat und sagt: «Was jetzt geschieht, ist gefährlich für unsere Demokratie.»



Kathi Fleig über die Folgen der Massnahmen

Das Covid-Zertifikat sei für ihre Branche «eine Katastrophe», sagt die langjährige Fitness-Unternehmerin und ehemalige Weltmeisterin im Gespräch mit MOMENT!



© Keystone-SDA, Georgios Kefalas

Nein zur Diskriminierung und Spaltung der Gesellschaft!

Am 28. November stimmen wir über das verschärfte Covid-Gesetz ab. Die Volksabstimmung ist möglich geworden, weil eine Rekordzahl von Schweizerinnen und Schweizern das Referendum unterschrieben hat. Jetzt haben wir die einmalige Chance, gemeinsam die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Sagen wir Nein zu Diskriminierung und Massenüberwachung und stoppen wir den Abbau der Bürgerrechte.

Der kommende 28. November ist einer der wichtigsten Abstimmungstermine der letzten Jahre: Das Schweizer Stimmvolk hat an diesem Tag die einmalige Möglichkeit, unser aus den Fugen geratenes Land wieder in die richtigen Bahnen zu lenken und die gefährliche Spaltung der Gesellschaft zu beenden. Möglich geworden ist die Volksabstimmung über das Covid-Gesetz dank der rekordhohen Zahl von 187'000 Unterschriften. Kaum je in der Geschichte der direkten Demokratie der Schweiz haben so viele Bürgerinnen und Bürger ein Referendum unterzeichnet. Und nie ging es schneller: Die Sammlung dauerte nur drei Wochen! Dieses starke Signal gilt es nun am 28. November an der Urne mit einem Nein zu bestätigen.

Wirtschaftshilfen nicht betroffen

Bereits am 13. Juni 2021 haben beachtliche 40 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Nein zum Covid-Gesetz gesagt. Wer Ja sagte, tat dies in erster Linie deshalb, weil er die Wirtschaftshilfen des Bundes an die durch die Massnahmen geschädigten Unternehmen nicht gefährden wollte. Dieses Hauptargument der Befürworter fällt nun in der Abstimmung vom 28. November komplett weg: Die allermeisten Entschädigungszahlungen laufen im März 2022 aus, und bis dahin gilt das Gesetz auch bei einem Nein.¹

[Weiter auf Seite 2](#)

Inhaltsverzeichnis

03	Fake News des Bundesrats	07	Die Freiheit des Einzelnen	15	Pandemie der kleinen Zahl
04	Bundesrat im Machtrausch	08	Interview mit Prof. Esfeld	16	Wirkung der Impfstoffe
05	Eines demokratischen Rechtsstaats unwürdig	11	Weltweite Überwachung?	17	Lehrernetzwerk Schweiz
06	Widersprüche und falsche Versprechen	12	Zahlenzauber des BAG	18	Interview mit Kathi Fleig
		13	Pandemie der Ungeimpften	19	Gemeinsam gegen Diskriminierung
		14	Impfen ohne Ende?	19	FdV: Heimat für viele
		14	Grundlagen des Zertifikats	20	Die Kosten der Pandemie
		15	Spitalbettenauslastung		

Fortsetzung von Seite 1

Unnötige und extreme Verschärfungen verhindern

Zur Abstimmung gelangen ausschliesslich unnötige und extreme Verschärfungen des Covid-Gesetzes, die nichts zur Eindämmung der Pandemie beitragen, aber enormen Schaden an unserer Gesellschaft und unserer direkten Demokratie anrichten.

Um diese vier zentralen Punkte geht es in der Volksabstimmung vom 28. November:

1. Ungeimpfte werden diskriminiert, es kommt zu einer Spaltung der Gesellschaft!

Die strengen Quarantänenvorschriften werden auf Menschen beschränkt, die sich nicht impfen lassen wollen oder können. Weitere Vorschriften, wie die kostspielige Testpflicht bei Rückflügen aus dem Ausland, gelten nur für Ungeimpfte. Weil aber auch geimpfte Menschen angesteckt werden und ansteckend sein können, ist diese Ungleichbehandlung sachlich nicht gerechtfertigt. Damit wird eine Diskriminierung Ungeimpfter eingeführt, die zukünftig noch weiter ausgebaut werden soll. Zusammen mit dem Covid-Zertifikat führt dies zu einem indirekten Impfwang für alle. Menschen verlieren ihre Stelle, weil sie sich nicht impfen lassen wollen, Freundschaften zerbrechen, Familien werden entzweit. Das alles spaltet die Gesellschaft und ist unschweizerisch.

2. Es wird eine elektronische Massen-Überwachung der Bevölkerung eingeführt!

Der Bund führt ein «umfassendes, wirksames und digitales Contact-Tracing» ein, ein so-

genanntes TTIQ-System (Testen, Tracing, Isolation, Quarantäne). Das bedeutet nichts anderes als eine umfassende elektronische Massen-Überwachung der Bürger, ihres Lebens und ihrer sozialen Kontakte, ihrer Bewegung und ihrer Reisen. Die Daten sollen in zentralen Datenbanken gespeichert werden. Damit drohen Zustände wie in China mit Totalüberwachung und Sozialpunktesystem! Dies ist umso weniger zu verantworten, als das Contact Tracing gemäss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unwirksam ist. Und wir führen das jetzt flächendeckend ein?²

3. Das Covid-Zertifikat wird als Instrument der Diskriminierung missbraucht, es entsteht ein indirekter Impfwang!

Das Covid-Zertifikat bedroht die offene und freie Gesellschaft. Das Leben und die Bewegungsfreiheit aller Bürger werden kontrolliert und eingeschränkt. Die Zertifikatspflicht schafft einen Zwang, dass man sich immer wieder impfen lassen muss. Ungeimpfte können nicht mehr gleichberechtigt am sozialen Leben teilnehmen. Das Zertifikat dient zur Zugangskontrolle in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens: bei gesellschaftlichen, sportlichen und kulturellen Veranstaltungen wie Konzerten und Theateraufführungen, bei Krankenhausbesuchen, politischen Veranstaltungen und sogar im Betrieb.³

4. Der Bundesrat erhält noch mehr Macht zur Verhängung von Covid-Massnahmen!

Der Bundesrat wird ermächtigt, die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens festzulegen. Damit erhält er die Kontrolle über das gesamte

Leben der Bürger. Diese Machtausweitung bedeutet eine weitere Verschiebung der Entscheidungsgewalt von Parlament und Souverän hin zur Regierung. Das ist undemokratisch und gefährlich. Die Vollmachten für den Bundesrat müssen im Gegenteil abgebaut und die Kontrolle wieder an das Parlament zurückgegeben werden.

Mit einem Nein stellen wir den Rechtsstaat wieder her

Der Bundesrat klammert sich an seine viel zu grosse Macht, die unserem bewährten Schweizer Politsystem widerspricht: Dieses ist so ausgelegt, dass keine Institution im Land zu mächtig wird und die anderen dominieren kann. Die Argumente, die der Bundesrat für das Covid-Gesetz ins Feld führt, überzeugen deshalb nicht und entsprechen nicht den Fakten (s. Artikel S. 3).

So ist seine Behauptung falsch, bei einem Nein zum Covid-Gesetz könne man nicht mehr ins Ausland reisen. Richtig ist: Nichts spricht gegen ein freiwilliges Zertifikat fürs Reisen. Aber alles spricht für den Missbrauch des Zertifikats im Inland, indem wesentliche Teile der Bevölkerung diskriminiert und an der Ausübung ihrer Grundrechte und natürlichen Freiheiten gehindert werden.⁴ Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft!

Aus all diesen Gründen kann es am 28. November nur eine Antwort geben: Ein überzeugtes Nein zum unnötigen, extremen und unschweizerischen Covid-Gesetz! Denn mit einem Nein stellen wir den Rechtsstaat wieder her. Und wir verhindern Diskriminierung und Spaltung. Zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger, zum Wohl der Schweiz!

Quellen online: ①

Impressum

Herausgeber:

Verein Moment!, 3000 Bern.

Der Verein «Moment!» will breiten Kreisen der Bevölkerung Informationen und Sachverhalte näherbringen, die von zunehmend einseitig berichtenden Hauptmedien vernachlässigt werden.

Diese Zeitung ist eine faktenbasierte, kritische und parteiunabhängige Stimme, die zur qualifizierten Meinungsbildung beiträgt. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf der Abstimmung zum Covid-Gesetz am 28.11.2021.

Verteilung: Die Zeitung «Moment!» wird kostenlos verteilt, was nur durch Spenden ermöglicht wird.

Spenden:

Raiffeisen Schweiz
Genossenschaft, 6312 Steinhausen,
BIC: RAIFC22XXX,
IBAN: CH06 8080 8008 7221 5182 3

www.moment-online.ch

Der Verein Moment! übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt externer Weblinks.

Moment! Auch als App!

Auf der Moment-App gibt es viel zu entdecken.

Die App glänzt mit drei Rubriken: News, Video und Fun. Diese werden laufend und unterhaltsam aktualisiert, denn die Lage ist ernst – mit der App bleiben Sie gut informiert.

Auf das Denken folgt das Handeln. Hierzu bietet die App eine Übersicht jener Vereine, die sich für die direkte Demokratie einsetzen. Die Kalenderfunktion liefert den raschen Überblick zu geplanten Aktivitäten.

Installieren Sie die Moment-App jetzt auf Ihrem Smartphone!

Der QR-Code zur App für iOS und Android:



Alle Quellen finden Sie online!

In dieser Zeitung stellen wir keine Behauptungen auf, sondern belegen alle Informationen mit soliden Quellen.

Damit Sie möglichst einfach und schnell alle Informationen dieser Ausgabe überprüfen können, ohne lange Links einzutippen, haben wir jeden Artikel am Ende mit einer Nummer versehen. (①)

Mit nebenstehendem QR-Code gelangen Sie auf die Internetseite www.moment-online.ch/de/quellen, wo Sie unter der jeweiligen Nr. alle Quellen und teils weiterführende Informationen finden.

Wir wünschen viel Erkenntnisgewinn beim Lesen dieser Ausgabe!



Fake News des Bundesrats

Der Bundesrat wirbt mit zahlreichen Argumenten für ein Ja zum Covid-Gesetz, die nachweislich falsch sind. Eine Richtigstellung im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 28. November.

Bei der Eröffnung seiner Pro-Kampagne für die Volksabstimmung über das Covid-Gesetz verbreitete der Bundesrat an der Medienkonferenz vom 27. September 2021 eine ganze Reihe von Fake News.¹ Wir haben seine Aussagen einem Faktencheck unterzogen und sagen, wie es wirklich ist.

Der Bundesrat behauptet:

<p>• die Reisefreiheit werde ohne Covid-Zertifikat eingeschränkt.</p> <p>Korrekt ist: Reisen sind in der EU und auf der ganzen Welt auch ohne Zertifikat möglich. Was Sie brauchen, ist bloss ein Nachweis, dass sie getestet oder geimpft sind. Manche Länder wie beispielsweise Grossbritannien kennen kein Covid-Zertifikat. In einigen US-Bundesstaaten ist es sogar verboten.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>	<p>• wichtige Finanzhilfen würden bei einem NEIN hinfällig.</p> <p>Korrekt ist: Praktisch alle Finanzhilfen laufen per Ende 2021, beziehungsweise per Ende März 2022, aus (bis dahin gelten die Covid-Verschärfungen auch bei einem NEIN).</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>
<p>• das Covid-Zertifikat sei notwendig für den Tourismus.</p> <p>Korrekt ist: Der Tourismus wird durch die Zertifikatspflicht eingeschränkt und behindert. Das Zertifikat fügt der Tourismusbranche einen enormen Schaden zu. Um diesen Schaden etwas zu lindern, bieten manche Schweizer Tourismusdestinationen jetzt kostenlose Tests an. Das würden sie nicht tun, wenn die Zertifikatspflicht für sie ein Segen wäre.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>	<p>• ohne Zertifikat drohe eine erneuter Lockdown.</p> <p>Korrekt ist: Für einen Lockdown gibt es mit und ohne Zertifikat keinen Grund. Seitdem die Impfung verfügbar ist, hat der Bund die Pflicht, alle Corona-Massnahmen zurückzuführen und zu beenden, wie es im Covid-19-Gesetz festgelegt ist und wie es der Bundesrat am 26. März dieses Jahres selbst versprochen hat: «Wenn bis Juli alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.»</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>
<p>• die Abschaffung des Covid-Zertifikates hätte negative Auswirkungen auf Hotellerie und Gastronomie.</p> <p>Korrekt ist: Das Covid-Zertifikat bringt der Gastronomie nachweislich massive Umsatzeinbussen. Bereits am 29. September 2021 berichtete der «Tages-Anzeiger» von einem Rückgang von 17 Prozent.² Die Zertifikatspflicht wird noch mehr Betriebe in den Ruin treiben und Tausende von Arbeitsplätzen vernichten.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>	<p>• ohne Zertifikat müssten Betriebe schliessen.</p> <p>Korrekt ist: Die Holzhammerpolitik des Bundesrats führt zu Pleiten, Betriebsschliessungen, Entlassungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Hotellerie, der Gastronomie und der Event- und Kulturbranche. Gleichzeitig steigen die Staatsschulden auf historische Rekordwerte. Die Zeche bezahlen der Mittelstand und die künftigen Generationen.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>
<p>• bei einem NEIN am 28. November könne der Bund kein Covid-Zertifikat mehr ausgeben.</p> <p>Korrekt ist: Bund und Kantone können ein freiwilliges Zertifikat für Auslandsreisen als Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger anbieten. Indem der Bundesrat das Gegenteil behauptet, versucht er die Bevölkerung zu erpressen und so zu beeinflussen, dass sie am 28. November Ja zum Covid-Gesetz sagt.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>	<p>• das Covid-Zertifikat ermögliche die Durchführung von Veranstaltungen.</p> <p>Korrekt ist: Trotz der Zertifikatspflicht wurde beispielsweise das alba Festival in Zürich verboten – eine krasse Diskriminierung unserer albanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das Zertifikat ist medizinisch haltlos, weil nachweislich auch Geimpfte Virusträger sind und ansteckend sein können. Da längst alle geimpft sind, die das wollen, müssen solche diskriminierenden Einschränkungen aufgehoben werden, wie es der Bundesrat versprochen hat.</p>	<p>Falsch!</p> <p>Richtig!</p>



Wer – wie der Bundesrat – dermassen viele Halbwahrheiten verbreitet, hat offenbar keine richtigen Argumente. Es kann daher am 28. November nur eines geben: ein engagiertes NEIN zur gefährlichen Verschärfung des Covid-Gesetzes!

(Bilder: PK vom 27.09.21)
Quellen online: [2](#)

Totale Macht für den Bundesrat?

Am 11. August rief der Bundesrat die Normalisierungsphase aus. Normalität hat er aber keine in Aussicht gestellt. Damit Grundrechte wieder gelten und unser liberaler Rechtsstaat wiedererrichtet wird, braucht es jetzt das Volks-Nein zum Covid Gesetz.



Die Massnahmen zeigen keinen messbaren Nutzen, verursachen aber gigantische Schäden und müssen umgehend aufgehoben werden. Nun liegt es am Volk, den liberalen Rechtsstaat wiederherzustellen. (Bild: admin.ch)

Es hiess, das Zertifikat wird Ende Sommer aufgehoben. Doch wie wir wissen, wurde das Zertifikat nicht aufgehoben, sondern ausgedehnt. Es hiess, die Massnahmen werden beendet, sobald der impfwillige Teil der erwachsenen Bevölkerung geimpft ist. Und obwohl dies längst der Fall ist, werden die Massnahmen noch verschärft.

Den Bundesrat scheinen diese Widersprüche nicht zu interessieren. Nach wie vor klammert er sich an seine Vollmachten und an seine komplett missratene Massnahmenpolitik. Aufgrund der Massnahmen sind wir mittlerweile bei etwa 40 Mrd. Schulden angekommen. Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind wieder überfüllt und weisen Wartezeiten von bis zu sechs Monaten aus. Die Akutpsychiatrien stehen kurz vor dem Kollaps. Wegen dem Zertifikat grassieren wieder Ausländerhass und Jugendfeindlichkeit. Der Hochschulunterricht steht entgegen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht mehr allen Studierenden gleichermassen offen. Grundrechte sind nur noch optional. Und ausgerech-

net die Niedriglohnbranchen wie Gastgewerbe, Hotellerie, Tourismus, Kultur, Sport und Freizeit werden immer noch durch einschränkende Massnahmen geplagt. In all diesen Branchen sind die Löhne noch längst nicht auf dem vor-Corona Niveau. Einmal mehr trifft es die Buezer am härtesten.

Zur aktuellen Lage sagt kürzlich ein Restaurantbetreiber: «Ich schäme mich, nicht alle Menschen gleich behandeln zu dürfen, und mein Herz weint, wenn ich Kunden, die mir Umsatz bringen, wegweisen muss. Ich bin neu in diesem Restaurant und bisher lief es auch gut, aber das Zertifikat bricht mir jetzt das Genick. Doch wenn mich der Staat lieber auf dem Sozialamt als im Geschäft sieht, dann soll es so sein.»

Es drängt sich die Frage auf, ob die Massnahmen auch einen Nutzen haben, den man dem immensen Schaden entgegenstellen kann. Die Bilanz ist aber ernüchternd: Die Bundesratsmassnahmen waren nicht im Stande, das Pandemiegeschehen signifikant zu beeinflussen. Am Anfang der Krise

war es der Lockdown, der keinen nachweislichen Einfluss auf die Fallzahlen hatte, und aktuell ist es das Corona Zertifikat, welches nicht im Stande war, eine Welle mitten im Sommer zu verhindern. Da die Massnahmen keinen messbaren Nutzen haben, hingegen gigantischen Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft anrichten, müssen sie umgehend aufgehoben werden. Da der Bundesrat dies aber nicht freiwillig tun möchte, muss das Volk nun mittels einer Volkabstimmung den liberalen Rechtsstaat wiedererrichten und selbst die Normalität wiederherstellen. Diesen Schritt können wir denn auch mit rundum gutem Gewissen machen. So ist die Impfquote und vor allem die Durchseuchung so weit fortgeschritten, dass zukünftig grössere Wellen, wie im Frühjahr und Herbst 2020, nicht mehr zu erwarten sind.

Es ist höchste Zeit, dass wir mit einem Nein zum Covid-Gesetz das unschweizerische Vollmachten-Regime des Bundesrates beenden, unsere Grundrechte wiederherstellen, zu den üblichen demokratischen Prozessen zurückkehren, den liberalen Rechtsstaat wiedererrichten und damit den Weg zur Normalität einschlagen. Geben wir uns nicht der Gewohnheit hin, unser ganzes Leben vom Staat durchregulieren zu lassen. Wir sind mündige Bürgerinnen und Bürger, wir brauchen nicht länger bevormundet zu werden und wir sind sehr wohl im Stande, selbst für unsere Gesundheit zu sorgen und pragmatisch mit dem Virus umzugehen und zu leben. Verabschieden wir uns von der medialen Massenpanik und beginnen wir damit, unser Land wieder zu einen und insbesondere unseren Jungen eine Perspektive auf ein Leben in Freiheit und Selbstverantwortung zu bieten. Deshalb sage ich Nein zum Covid Gesetz.



David Trachsel ist Präsident der Jungen SVP Schweiz und wurde im Oktober 2020 in den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gewählt.

Harvard-Prof.: Impfen verhindert keine Ansteckung

Professor Subramanian gilt als Koryphäe. Seine neuste Studie in 68 Ländern und 3'000 US-Bezirken über den Zusammenhang zwischen Impfquote und Neu-Infektionen sorgt für eine Überraschung. Denn sie zeigt eher das Gegenteil dessen, was bisher angenommen wurde: Die Impf-Champions haben sogar leicht höhere Neuansteckungen!

«Das Fehlen eines Zusammenhangs zwischen dem Prozentsatz der vollständig geimpften Bevölkerung und neuen Covid-19-Fällen wird beispielsweise beim Vergleich von Island und Portugal veranschaulicht. Beide Länder haben über 75% ihrer Bevölkerung vollständig geimpft und haben mehr Covid-Fälle pro 1 Million Einwohner als Länder wie Vietnam und Südafrika, in denen erst 10% der Bevölkerung vollständig geimpft ist.»

Auch die Untersuchung von 3'000 US-Bezirken zeigte keinen Zusammenhang zwischen Impfung und Ansteckung. Fazit: Null Evidenz für die Annahme, dass die Neu-Ansteckungen fallen würden, sobald die Menschen geimpft wären!

Online-Nr. 3

Fehlende Expertise oder schlicht Betrug?

«Ich erkläre seit April 2020, dass schon viel mehr Menschen immun sein müssten, als allgemein behauptet wird. Sollten lieber Medizinstudenten des 4. Semesters die Regierung beraten? Alternativ könnte mein damaliger Studienkollege Ignazio Cassis seine Unterlagen hervorkramen. In ‚Epidemiologie für Anfänger‘ hatten wir nämlich gelernt, dass zur Erfassung und Überwachung einer Epidemie sofort eine für die Bevölkerung repräsentative Kohorte gebildet werden muss. Nur damit kann eine echte Überwachung einer Virus-Epidemie von nationaler Tragweite bezüglich Inzidenz, Prävalenz, Schwere der Erkrankung und Immunitätsstatus (Tests auf Antikörper und T-Zell-Immunität) sichergestellt werden. Wieso gibt es diese bis heute nicht?»

Fazit: Entweder glauben wir, dass es in der Task Force, im BAG, unter Kantonsärzten und der Regierung niemanden mit dem medizinischen Wissen eines Medizinstudenten gibt, oder wir werden von ihnen total verarscht!>

Dr. Thomas Binder

Eines demokratischen Rechtsstaats unwürdig

Das autoritäre Regieren per Verordnung schadet unserer Demokratie. Sagen wir am 28. November deshalb **Nein zu Impfwang und Diskriminierung!**

Verwirrung, Verständnislosigkeit, eine kaum nachvollziehbare Massnahme – so präsentierte sich für mich die Situation nach der staatsstreichartigen Machtübernahme durch den Bundesrat mit Einführung des Lockdowns am 16. März 2020. Wie war dies möglich? Als gewählte kantonale Parlamentarierin habe ich einen Eid auf die Verfassung geschworen – da stellte sich doch die Frage, wie es möglich sein sollte, dass die Verfassung und die darauf beruhende Gewaltenteilung ausgehebelt wird?

Das Epidemien-gesetz – Ursprung der Misere

Nun ja, das Epidemien-gesetz macht es möglich – und hierin liegt der Ursprung der ganzen Misere, kaum beachtet und mit verheerenden Folgen und Kollateralschäden. Was das Ordnungschaos und die ständigen Änderungen hervorgebracht haben, wissen nun wohl alle Bewohner des Landes. Rechtssicherheit ist kaum mehr vorhanden, auf Kosten des Steuerzahlers kam und kommt es zu unzähligen Gerichtsverfahren. Kaum mehr zu beziffern jedoch sind die Kosten der unbrauchbaren PCR-Tests, die nur für Laborzwecke, jedoch nicht für die Diagnostik zugelassen sind. Wie mittlerweile wohl alle wissen sollten, gibt ein einzelner Test keine Auskunft über Infektiosität und Übertragbarkeit, geschweige denn würde ein positiver Test bei Symptomlosen auf eine asymptomatische Übertragung schliessen lassen. Als Krönung der Unvernunft, beziehungsweise der Unverhältnismässigkeit, wurde schliesslich das Covid-Zertifikat eingeführt, obwohl nach praktisch einhelliger Meinung von Rechtsanwält-



Noch nie wurde das Vertrauen vieler Teile der Schweizer Bevölkerung gegenüber den Regierenden so nachhaltig und tief erschüttert wie heute. Je länger diese willkürlichen Massnahmen andauern, desto schwerer wird die Rückkehr zu einer konsensfähigen Demokratie. (Bild: Demo in Rapperswil, 16.10.21)

ten und Universitätsprofessoren hierfür keine gesetzliche Grundlage existiert. Die Unternehmen werden gegängelt und gezwungen, unwürdige Kontrollaufgaben zu übernehmen.

Man fragt sich: Welche Massnahmen werden zukünftig noch aus dem Hut gezaubert werden? Massnahmen, die offensichtlich nur noch politisch sind, aber kaum je wegen eines gesundheitlichen Notstandes ausgerufen werden.

Diskriminierung weiter Bevölkerungsteile

Zudem führen vor allem die Covid-Zertifikatspflicht, die Impfwängerei und auch die Maskenpflicht (ebenfalls ohne gesetzliche Grundlage) zu einer nie gekannten Diskriminierung von Bevölkerungsteilen in einem sogenannten demokratischen Rechtsstaat. In der Covid-19-Verordnung werden Ausnahmen vom Impfen, respektive der Maskenpflicht, klar geregelt, jedoch kaum öffentlichkeitswirksam kommuniziert. Womit das Denunziantentum kräftig gefördert wird. Wie die hervorgerufene Spaltung der Gesellschaft je wieder überwunden werden kann, ist mir im Moment ein Rätsel.

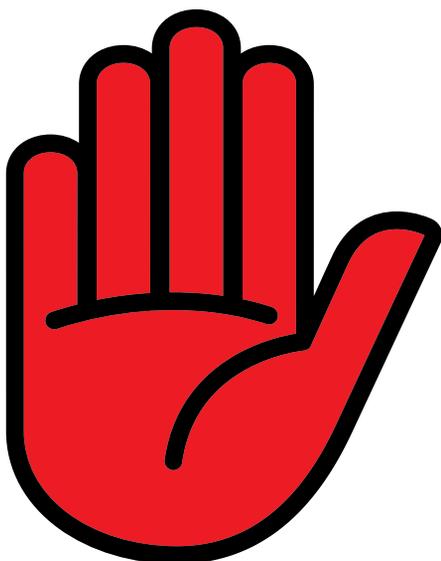
Ein wuchtiges Nein am 28. November!

Also nehmen wir als Stimmberechtigte am 28. November unsere Pflicht wahr und verwerfen wir die Änderungen zum Covid-19-Gesetz wuchtig, insbesondere die Zertifikatspflicht! Zeigen wir hier Einigkeit und bauen wir vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen eine lebenswerte Zukunft auf, ohne die reisserische und oft faktenwidrige Propaganda durch Behörden und Massenmedien. Beenden wir damit auch die unerträgliche Situation bezüglich Impfwängerei und Gesichtshüllungs-zwang!



Dr. Barbara Müller
ist Thurgauer SP-Kantonsrätin und ETH-Geologin.

Bild: Donato Casparin



covidgesetz-nein.ch

Menschen diskriminieren?

Gefährliche
Covid-Verschärfung **NEIN**

Widersprüche und falsche Versprechen

Widersprüchlichkeiten gehören offenbar zur «neuen Normalität». Wir zeigen Ihnen einige solcher Widersprüchlichkeiten – und wie Sie daraus aktuelle Versprechen und zukünftige Entwicklungen abschätzen können.

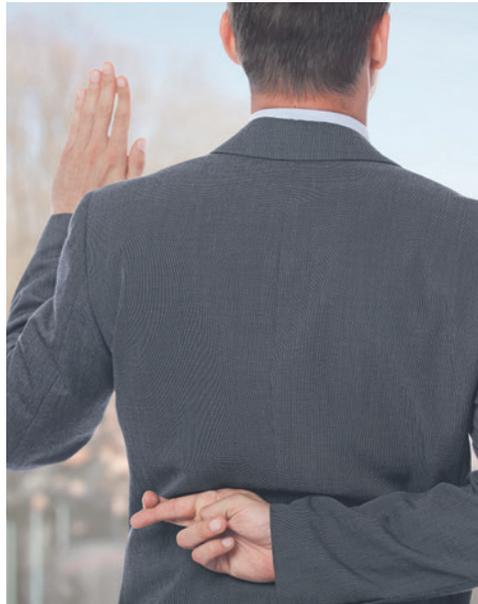
Seit dem 13. März 2020 gehören die Widersprüchlichkeiten in der Schweiz zum Pandemiealltag. An diesem Tag hat der Bundesrat die Öffentlichkeit überraschend informiert, dass die Schulen ab der Folgeweche geschlossen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt schien der Bundesrat eine vernünftige Strategie zur Verlangsamung der Ausbreitung des Corona-Virus zu verfolgen. Man hatte im Vorfeld mehrmals versichert, dass Kinder und Schulen kein Treiber der Pandemie seien, was bis heute den wissenschaftlichen Tatsachen entspricht.

Unerklärliche Wende

Am 16. März kam mit der Ausrufung des 1. Lockdowns die nächste unerklärliche Wende. Bis dahin galt der wissenschaftliche Konsens, dass Lockdowns bei respiratorischen Krankheiten keinen nachweisbaren Nutzen bringen. Die WHO kam 2019 in einer Analyse von Jahrzehnten an wissenschaftlicher Forschung zum Schluss, dass Lockdowns keinen Nutzen zur Eindämmung eines Virus vergleichbar mit SARS-CoV-2 gezeigt haben. Die Widersprüchlichkeiten nahmen ihren Lauf und wurden zur neuen Normalität. Mit Abstand am deutlichsten waren die Widersprüche jedoch beim Thema Impfung.

Argumente werden beliebig angepasst

Am 24. März 2020 wurde bereits zum ersten Mal ein Zertifikat ins Gespräch gebracht. Um die Öffnung der Wirtschaft und das Reisen wieder zu ermöglichen und zur Normalität



«Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern» scheint das neue Motto der Politik zu sein.

zurückzukehren, soll das Zertifikat zeigen, wer geimpft und wer genesen ist. Dieser Vorschlag entsprach bereits einer 2G-Regelung und einer faktischen Impfpflicht. Anfang April 2020 wurde dann zum ersten Mal die Notwendigkeit ins Spiel gebracht, die gesamte Weltbevölkerung zu impfen, was später auch von Angela Merkel und weiteren Regierungschefs wiederholt wurde. Dies wäre jedoch für ein Virus wie SARS-CoV-2 nur unter der Bedingung sinnvoll, wenn die Impfung die Übertragung des Virus

verhindert. Interessanterweise hat aber keiner der Impfstoffhersteller eine Studie durchgeführt, um zu prüfen, wie effektiv der Impfstoff die Übertragung eindämmt. Auch die jeweiligen Behörden haben keine Studien vor Erteilung der Zulassung verlangt. Warum soll man aber alle Menschen impfen, wenn damit die Ausbreitung nicht eingedämmt wird?

Weil diese Frage nicht beantwortet werden kann, wurde wieder vermehrt das Argument des Schutzes des Gesundheitssystems vor Überlastung als Ziel der Impfung propagiert. Aber auch dieses Argument liegt im Widerspruch zu den Fakten. Im Jahr 2020 gab es bei den unter 65-jährigen keine erhöhte Sterblichkeit und somit ist Corona für diese Altersgruppe ungefährlich. Grippewellen sind für diese Altersgruppe statistisch gesehen wesentlich gefährlicher.

Mit einem Nein am 28. November das Zertifikat abschaffen

Weshalb propagieren Regierung, Behörden und Medien aber regelmässig, dass nur hohe Impfquoten uns zurück in ein normales Leben führen können? Daten aus Ländern mit hohen Impfquoten zeigen, dass dies nicht stimmt. Diese Daten zeigen auch, dass die Aussage, das Covid-Zertifikat würde nur vorübergehend eingesetzt werden oder es hätte einen Nutzen zur Eindämmung des Virus, ein leeres Versprechen ist.

Wenn man genau hinschaut und hinhört, kann man die zukünftige Entwicklung abschätzen. Seit Oktober 2021 ist die regelmässige kostenpflichtige Testung gepaart mit der Verknappung des Testangebotes bereits faktisch eine 2G-Pflicht und entspricht ziemlich genau den Plänen, die bereits am Anfang der Pandemie kommuniziert wurden. Lassen Sie sich nicht täuschen, die Zertifikatspflicht und die regelmässigen Impfungen sind gekommen, um zu bleiben. Es sei denn, der Souverän zieht die Schlüsse aus der Pandemie der Widersprüchlichkeiten und sagt am 28. November Nein!



«Im Grunde genommen ist in einer Pandemie eine gutmütige Diktatur eine gute Art und Weise, um die Pandemie zu bewältigen.»

Das unerhörte Zitat von Peter Indra, Chef des Zürcher Amtes für Gesundheit, gegenüber dem «ZDF Auslandsjournal» (Bild: zh.ch)



Teil 3 der Normalisierungsphase: Aufhebung der Massnahmen

Wie hiess es damals, am 21.04.2021, als der Bundesrat und das BAG ihr Drei-Phasen-Modell vorstellten? «Sind alle impfwilligen erwachsenen Personen vollständig geimpft, beginnt die Normalisierungsphase. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass dann keine starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen mehr zu rechtfertigen sind.

Die verbleibenden Massnahmen (Zugangs- und Kapazitätsbeschränkungen) sollen schrittweise aufgehoben werden. An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen der Erwartung tief bleibt.»

Online: [4](#)

Die Selbstermächtigung der «Swiss Science Task Force»

«Die Swiss National COVID-19 Science Task Force, eine Expertengruppe, die eigentlich Entscheidungsträger über die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Corona-Krise informieren sollte, geniesst weiterhin eine ausserordentliche Stellung und beeinflusst das tägliche Leben der Schweizer in einer noch nie dagewesenen Weise. Eine Debatte über ihre Legitimität und Rolle ist notwendiger denn je.

Vor allem ist es höchste Zeit, die Qualität ihrer wissenschaftlichen Arbeit kritisch zu überprüfen.» Soweit die Einleitung des sehr lesenswerten Artikels «Wissenschaft im Pandemie-Modus»

Online: [5](#)

270 Millionen Menschen droht wegen C-Massnahmen der Hungertod

Die Welthungerhilfe wartete kürzlich mit erschreckenden Zahlen auf: Die massnahmenbedingte Wirtschaftskrise hat zu einer dramatischen Zunahme von Hunger und Armut geführt. Besonders in Afrika südlich der Sahara, in Südasien und Teilen Mittelamerikas ist die Lage alarmierend. Laut der UNO drohen aktuell 270 Millionen Menschen zu verhungern. Das ist eine Verdoppelung im Vergleich zur Zahl vor der Pandemie.

Und die Weltbank prognostiziert, bis Ende dieses Jahres werden weltweit bis zu 149 Millionen Menschen in extreme Armut abstürzen. Prognosen, die allen Massnahmenbefürwortern zu denken geben sollten.

Online: [6](#)

Die Freiheit des Einzelnen endet... ja, wo eigentlich?

Wie könnte ein liberaler Umgang mit einem Virus aussehen? Wer es ernst meint mit dem Schutz der Grundrechte, muss dabei bestimmte Prinzipien beachten. Wir verraten, welche.



Die gesetzlichen Grenzen der Freiheit jedes Einzelnen dürfen durch die Absolutsetzung des Gesundheitsschutzes nicht so eng gezogen werden, dass die individuelle Freiheit de facto abgeschafft wird.

Wer die exklusive Vergabe von Grundrechten an Geimpfte befürwortet, begründet dies oft damit, dass die Freiheit des Einzelnen nun einmal dort ende, wo die Freiheit des anderen beginne. Diese Binsenweisheit verdeutlicht richtigerweise, dass die individuelle Freiheit nicht grenzenlos sein kann. Doch ist dieses Prinzip uneingeschränkt gültig? Die Antwort hängt von der Definition des Freiheitsbegriffs ab.

Frei von Zwang

Im Hinblick auf das gesellschaftliche und politische Leben verstehen Liberale unter Freiheit die Minimierung menschlichen Zwangs. Jeder soll seine Entscheidungen nach eigenem Gutdünken unter Wahrung der Selbstverantwortung treffen dürfen, solange man keinen Zwang anwendet. Wer fordert, dass die Grundrechte einer Gruppe von Menschen aufgrund ihres Impfentscheids nicht mehr gelten sollen, weil die Freiheit der Ungeimpften an der Freiheit der Geimpften endet, beruft sich nicht auf ein liberales Freiheitsverständnis. Vielmehr meint Freiheit in diesem Kontext das rücksichtslose Ausüben des eigenen Lebensstils — ungeachtet der Abwehrrechte der Mitmenschen. Nach dieser Logik soll der Staat jene bevorzugen, die sich vor einem verhältnismässig ungefährlichen Virus (Infektionssterblichkeitsrate der unter 70-Jährigen von 0.05%) fürchten, indem er die Ungeimpften aus dem gesellschaftlichen Leben aussperrt, damit es den Ängstlichen bei ihren Besuchen in Beizen, Kinos und Zoos wieder wohl ist. Wer nun einwendet, es ginge doch darum, die Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern, der ignoriert die Tatsache, dass während der letzten eineinhalb Jahre die zertifizierten Intensivbetten massiv abgebaut wurden — es also nicht darum gehen kann.

Illiberales Freiheitsverständnis

Ein solches Verständnis von Freiheit kann jedoch keine universelle Gültigkeit beanspruchen, weil zur Durchsetzung die Abwehrrechte anderer verletzt werden müssten. Es gibt

richtigerweise kein Recht auf Reichtum, denn zur Durchsetzung dieses «Rechts» müsste man die Armut verbieten — so als ob das staatliche Gesetz ökonomische Gesetze aushebeln könnte. Genauso absurd wäre es, ein Recht zu proklamieren, nicht von einem Virus angesteckt zu werden, weil man dazu das Leben selbst verbieten müsste. Wo endet dann aber im Hinblick auf den Gesundheitsschutz die Freiheit des einen, weil dort die Freiheit des Nächsten beginnt?

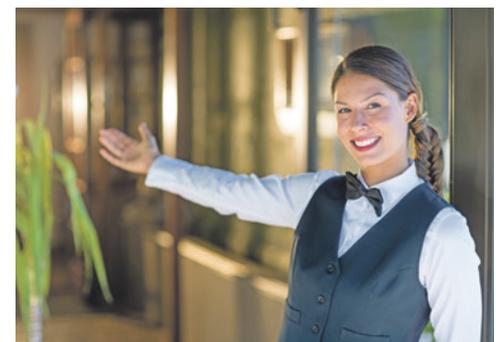
Folgende Prinzipien gilt es zu beachten, wenn man es mit dem Grundrechtsschutz für alle ernst meint:

1. Wer sich vor einem Virus fürchtet, hat sich eigenverantwortlich vor diesem zu schützen, indem man etwa mit Schutzmasken einkaufen geht, sich impfen lässt oder soziale Kontakte meidet. Keinesfalls darf die Politik allen einen Null-Risiko-Lebensstil, z.B. in Form von Kontaktverboten, verordnen. Die Solidarität sorgt dafür, dass jenen, die sich nicht selbst helfen können, geholfen wird.
2. Wer sich impfen lassen will und sich davon einen Nutzen verspricht, soll dies tun dürfen. Niemand darf aber durch die Vorenthaltung von Grundrechten zur Impfung gedrängt oder gezwungen werden.
3. Gesundheitsfördernde Aktivitäten wie Fitnessbesuche oder das Pflegen sozialer Kontakte (und der damit eventuell sogar bewusst in Kauf genommene Austausch von Viren zur Stärkung des eigenen Immunsystems) dürfen von der Politik nicht eingeschränkt werden.
4. Die Privatsphäre muss auch im Bereich der persönlichen Gesundheit gewährleistet sein, weshalb von einer staatlich verordneten Zertifikats- und Ausweispflicht abzusehen ist.
5. Privaten steht es hingegen offen, in ihren Betrieben nach eigenem Ermessen selektiven Einlass zu gewähren, weil es sich hier um freiwillig abgeschlossene Verträge und nicht um eine unausweichliche Anordnung des Gewaltmonopols des Staates handelt. Zur Vertragsfreiheit gehört auch die Freiheit, keinen Vertrag abzuschliessen zu müssen, wenn man das

nicht will. Private wenden durch den Nichtabschluss von Verträgen keinen Zwang an, solange der Markt frei spielen kann: So würden zum Beispiel die Läden A und B dankbar in die Marktlücke springen, wenn C eine Gruppe von Kunden von seinem Geschäft ausschliesst. 6. Um einer allfälligen Überlastung der Spitäler vorzubeugen, ist das Gesundheitswesen aus den Krallen staatlicher Bürokratie zu entreissen und Marktmechanismen auszusetzen, um Angebot und Nachfrage besser aufeinander abzustimmen und um zu verhindern, dass zertifizierte Notfallbetten abgebaut werden, wenn sie dringend benötigt werden.

Gegenseitige Rücksichtnahme

Gesunder Menschenverstand und gegenseitige Rücksicht sind selbstverständlich eng mit einer freien Gesellschaft verbunden, weshalb man es beispielsweise zu unterlassen hat, seinen Mitmenschen ins Gesicht zu husten. Doch die gesetzlichen Grenzen der Freiheit jedes Einzelnen dürfen durch die Absolutsetzung des Gesundheitsschutzes nicht so eng gezogen werden, dass die individuelle Freiheit de facto abgeschafft wird.



Die Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft, die sich durch ihre freiwilligen zwischenmenschlichen Interaktionen auszeichnen, erlauben im Gegensatz zu plumpen «one size fits all»-Lösungen des Staates eine grosse Vielfalt. So könnte es beispielsweise Fitnesscenter und Veranstalter geben, die nur Geimpften Einlass gewähren, während andere Anbieter auch Ungeimpfte empfangen. Indem der Staat jedoch eine spezifische Gruppe durch eine Zertifikatspflicht von solchen Aktivitäten ausschliesst, schürt er gesellschaftliche Konflikte und riskiert fahrlässig soziale Unruhen. Das ist verantwortungslos und verfassungswidrig.



Olivier Kessler
ist Direktor des
Liberalen Instituts
in Zürich.

«Was jetzt geschieht, ist für die Demokratie gefährlich»

Das Zertifikat vermittele eine falsche Sicherheit, sagt der Philosoph Michael Esfeld. Durch die bevormundende Politik des Bundesrats würden die Bürgerinnen und Bürger entmündigt. Wenn man die Menschen nicht mehr als freie und eigenverantwortliche Wesen akzeptiere, zerstöre man die Wissenschaft und die Demokratie.

Eine Wohnung im Grünen, hell, voller Bücher und eindeutig bewohnt von einer Familie mit Kindern – dort empfängt uns Michael Esfeld freundlich, unkompliziert, sehr herzlich. Wir sind sofort im Gespräch:

Herr Esfeld, wir haben am 28. November eine sehr wichtige Abstimmung. Es geht um 4 Erweiterungen zum sogenannten Covid-19-Gesetz. Ich möchte auf eine Ergänzung genauer eingehen, und zwar auf das «Zertifikat». Das ist wie eine Eintrittskarte ins öffentliche Leben. Man bekommt sie nur, wenn man doppelt geimpft oder genesen ist oder wenn man sich alle 2 Tage testen lässt. Wir haben hier einen Spagat zwischen Sicherheit, die der Staat uns geben will, und der Forderung nach Freiheit. Unsere Grundrechte werden massiv beschnitten. Was sagen Sie aus wissenschaftsphilosophischer Sicht zum Zertifikat?

Da Sie das Spannungsverhältnis angesprochen haben, kann man philosophisch ein bisschen ausholen. Ich spreche hier als Philosoph und Wissenschaftler und als Bürger unseres Landes, aber nicht für irgendeine Institution oder Partei. Der Staat ist dazu da, Sie zu schützen. Zum Beispiel davor, dass jemand Gewalt gegen Sie anwendet. Wie kann er das tun? Damit niemand Sie auf der Strasse bedrohen kann, müsste der Staat ja immer wissen, wo sich alle Menschen aufhalten, um herausfinden zu können, wer bedrohlich ist. Wenn man den Sicherheitsanspruch so weit ausdehnen würde, dann wäre von der Freiheit nichts mehr übrig. Das ist ein altes Dilemma. Genau das sehen wir jetzt auch: Man stellt alle Menschen unter Generalverdacht, Virenschleudern zu sein und andere Menschen in ihrem alltäglichen Leben zu bedrohen. Zum Beispiel wenn Sie ins Restaurant, ins Fitnesscenter oder an die Universität gehen. Jetzt sollen Sie sich durch dieses Zertifikat von dem Generalverdacht reinwaschen. Aus wissenschaftlicher Sicht haben wir keine Anhaltspunkte dafür, dass Personen, die keine Symptome haben, in irgendeiner signifikanten Weise gefährliche Krankheiten verbreiten. Wir haben, was die Impfungen betrifft, viel zu wenig Wissen darüber, inwiefern und wie lange sie Schutz gewähren und ob geimpfte Personen wirklich die Viren nicht weiterverbreiten können; zu möglichen langfristigen Schäden durch die Impfung können wir noch gar nichts sagen. Auch die Tests sind nicht sicher. Das Zertifikat suggeriert daher eine falsche Sicherheit. Die Idee, dass der Staat oder irgendwelche Wissenschaftler ein Wissen hätten, welches das Risiko, sich mit einem Virus zu infizieren, quasi auf null reduziert und die Menschen reinwäscht, und zwar auch reinwäscht von der Eigenverantwortung, sich in jeder Situation umsichtig zu verhalten – «wir haben jetzt ein Zertifikat und damit kann nichts mehr passieren» - ist falsch.



Michael Esfeld ist Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne und Mitglied der Leopoldina, der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In der Corona-Diskussion fällt er durch seine klaren Positionen zur Verteidigung der Freiheits- und Grundrechte auf.

„
«Man hat Modellrechnungen gemacht und gesagt, eingeschränkte soziale Kontakte würden die Ausbreitung des Virus verhindern. Wir wissen aber inzwischen, dass das empirisch falsch ist.»

Finden Sie es denn nicht sinnvoll, dass der Staat sich um die Gesundheit kümmert? Wir haben da ja tatsächlich einen Paradigmenwechsel. Früher waren die Mediziner dafür zuständig. Heute tritt der Staat in Aktion.

Sie haben den Strategiewechsel angesprochen, statt medizinisch bekämpft man jetzt das Virus politisch, beispielsweise hat man Lockdowns verhängt. Da hat man Modellrechnungen gemacht und gesagt, wenn man die sozialen Kontakte der Menschen einschränkt, dann breitet sich das Virus weniger aus. Wir wissen aber inzwischen, dass das empirisch falsch ist.

Wenn wir die Länder betrachten, die keine Lockdowns vorgenommen haben, sehen wir, dass dort die Pandemie auch nicht schlimmer verlaufen ist. Politische Massnahmen wie Lockdowns haben zu keinem nachweislichen Gesundheitsschutz, wohl aber zu gewaltigen Schäden geführt. Wenn Sie die Bewegung einschränken, schränken Sie die sozialen Kontakte der Menschen ein. Für viele und gerade für ältere Menschen sind die sozialen Kontakte Kraft- und Gesundheitsquelle. Wenn Sie die Statistiken aufschlüsseln, sehen Sie, dass die Einschränkung der sozialen Kontakte zu Todes-

fällen geführt hat. Es gibt Leute, die nicht am Corona-Virus, sondern an den politischen Massnahmen gestorben sind. Man sieht: Gesundheit soll man schützen; daraus folgt aber nicht, dass man bestimmte Massnahmen für alle ergreifen, also alle über einen Kamm scheren kann. Niemand gefährdet absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit andere. Wenn ich weiss, dass bestimmte Personengruppen, ältere Menschen, durch ein Virus gefährdet sind, passe ich mein Verhalten ihnen gegenüber an, weil ich eigenverantwortlich und mit Augenmass handle. Was jetzt geschieht, ist für die Demokratie gefährlich, weil der Bundesrat die Menschen entmündigt. Wenn Sie auf die Strasse gehen, sehen Sie überall Plakate, auf denen steht: Hände waschen, Abstand halten, Masken tragen! Man kommt sich vor wie im Kindergarten. Wenn man abstimmen darf, wenn man partizipiert an den politischen Entscheidungen, dann muss einem ja zugetraut werden, dass man mündig ist und in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen. Sonst muss man auch gleich sagen: «Es ist wissenschaftlich oder politisch vorgegeben, dies oder das zu wählen» oder sogar: «Also, ihr könnt auch nicht wählen. Wenn wir euch nicht zutrauen, eigenverantwortlich zu handeln, können wir euch auch nicht mehr zutrauen zu wählen.» Und dann ist klar, dass die Demokratie am Ende ist.

Der Staat versucht sein Handeln wissenschaftlich zu legitimieren. Er sagt, wir entnehmen unsere Handlungsanweisungen immer den Empfehlungen der Task Force. Die Wissenschaft tritt wie ein monolithischer Block auf. Spricht da die Wissenschaft?

Nein. Die Task Force ist einseitig zusammengesetzt. Das widerspricht den Prinzipien der Schweiz. Wenn man sich wissenschaftlichen Rat holen will, sollte man alle Wissenschaftler, die

dazu etwas zu sagen haben, anhören und die verschiedenen Meinungen berücksichtigen. Man redet sehr viel von Diversität in der Wissenschaft, aber Diversität ist doch in erster Linie Diversität der Standpunkte. Hier haben sich medial einige Wissenschaftler in den Vordergrund gedrängt, für sich in Anspruch genommen, sie könnten für die Wissenschaft sprechen und so getan, als sei die Wissenschaft ein Block, der gewisse Ratschläge gibt. Das ist ein falsches Bild von Wissenschaft, weil Wissenschaft in erster Linie ein Prozess der Suche nach Erkenntnissen ist. Man ist sich einig über bestimmte Methoden, wie man Erkenntnisse gewinnt, und darüber, dass man bestimmte Daten akzeptiert. Aber aus den Daten folgen keine Handlungsanweisungen oder Normen. Für die neuzeitliche Wissenschaft ist die Trennung zwischen Fakten – herausfinden, was der Fall ist – und Normen – sagen, was der Fall sein soll – zentral. Letzteres kann die Wissenschaft nicht. Das wird hier vermischt, indem man denkt, die Wissenschaft könnte Anweisungen geben. Aber jeder ist in der Lage, sich ein Urteil zu bilden. Es besteht keinerlei Grund, sich durch vorgebliche Wissenschaft entmündigen zu lassen.

Sie haben von der Eigenverantwortung gesprochen. Da scheinen aber ganz unterschiedliche Menschenbilder zugrunde zu liegen. Lothar Wieler, der Präsident des Robert-Koch-Instituts, hat gesagt: «Diese Massnahmen dürfen nie hinterfragt werden.» Das wirkt wie Satire. Aber er hat es ernst gemeint. Sie sagen jetzt: «Jeder Mensch kann das selber entscheiden.» Jeder Mensch kann selber entscheiden. Aber mit Entscheidungsfreiheit geht natürlich Verantwortung einher. Wir sind soziale Wesen. Jede Entscheidung hat Auswirkungen auf andere. Wir müssen die Interessen der anderen berücksichtigen. Es geht nicht um eine zügellose Freiheit, sondern um eigenverantwortliches Handeln. Das funktioniert besser als die Idee, man könnte die eine Lösung finden, mit der man die ganze Gesellschaft steuern kann; denn dann schadet man immer bestimmten Menschen. Wenn man das eigenverantwortliche Handeln wegnimmt, weil man denkt, man hat Wissen-

„
«Jeder ist in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Es besteht keinerlei Grund, sich durch vorgebliche Wissenschaft entmündigen zu lassen.»

schaft, dann macht man die Menschen zu physikalischen Objekten, die man beliebig in Modellen steuern kann. Hingegen beruhen die gesamte Wissenschaft, unser Rechtsstaat und die Demokratie darauf, die Menschen als freie Wesen anzuerkennen, die nach der Abwägung von Gründen ihre Urteile fällen und entsprechend handeln. Diese beiden Menschenbilder stehen sich gegenüber. Wissenschaft besteht zunächst einmal aus Neugierde, Fakten herauszufinden. Wenn man sagt, man darf etwas nicht infrage stellen, zerstört man Wissenschaft. Das ist ein Prozess der Zerstörung der Wissenschaft und der Demokratie, weil man die Menschen nicht mehr als freie und eigenverantwortliche Wesen akzeptiert.

Sie gehen vom vernunftbegabten Menschen aus. Und gleichzeitig gehen viele Menschen Risiken ein und belasten möglicherweise die ganze Gesellschaft. Aus dem Grund sagt man beispielsweise: «Ihr müsst euch anschnallen.» Ich habe oft gehört: «Ich akzeptiere ja auch, dass ich mich anschnalle im Auto. Also trage ich auch eine Maske.»

Die Risiken wägen wir aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse ab, die wir haben. Wir haben die statistischen Nachweise, dass die Wahrscheinlichkeit, bei Unfällen zu Schaden zu kommen, höher ist, wenn Sie sich im Auto nicht anschnallen. Jetzt müsste man dasselbe bei den Masken machen. Die Evidenz fehlt aber: Es gibt keine Nachweise dafür, dass generelles Maskentragen das Infektionsgeschehen in einer statistisch signifikanten Weise einschränkt; das war übrigens die allgemeine Auffassung bis Anfang 2020.

Daher wäre erstmal ein vorsichtiges Vorgehen angebracht: In bestimmten Situationen, also wenn Sie zum Beispiel zur Stosszeit im Tram fahren, ist es sinnvoll, eine Maske zu tragen. Aber wenn Sie immer dieselbe Schulklasse haben, erscheint es wenig sinnvoll, den Kindern aufzuerlegen, den ganzen Tag eine Maske zu tragen; damit schadet man den Kindern. Generell ist die Beweislast bei denjenigen, die bestimmte Massnahmen fordern. Sie müssen nachprüfbare Evidenz dafür anführen, dass dadurch Risiken wesentlich reduziert werden, ohne dass es auf der anderen Seite grössere Schäden gibt. Mit der Maske erweckt man den Eindruck, dass die Menschen biologische Virenschleudern sind, statt vernünftige, freie und verantwortlich handelnde Personen.

Würden Sie die Freiheitsrechte nicht einschränken? Wenn einer ein Risiko eingeht, würden Sie nicht sagen: «Ja, das ist jetzt im Moment wirklich sehr egoistisch, wenn du einfach dein Leben so leben willst ohne Berücksichtigung, dass du vielleicht infektiös bist.»

Wenn ich Anzeichen dafür habe, dass ich infektiös bin, dann muss ich natürlich meine Freiheit einschränken. Der Punkt ist hier nur der Generalverdacht. Man sagt, die Freiheitsrechte kommen Ihnen nicht einfach als Person zu, sondern die werden jetzt unter eine Bedingung gestellt, die «Wissenschaftler» festsetzen. Menschen werden nicht mehr als Menschen mit einer Würde anerkannt, denen Grundrechte kraft ihrer Natur als vernünftige Wesen zukommen. Freiheiten gibt es jetzt nur unter Bedingungen, die der Bundesrat festsetzt. Das ist natürlich eine vollkommene Umkehr unserer Demokratie und des Rechtsstaates, weil das Volk der Souverän ist und der Bundesrat Freiheitsrechte nicht generell einschränken darf. Bei der Zertifikatspflicht, würde ich sagen, ist der Bundesrat eindeutig zu weit gegangen. Dadurch spaltet er die Gesellschaft, weil dieses Zertifikat de facto auf einen Impfwang hinausläuft. Viele können anders nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihrem Beruf oder ihrer Ausbildung nachgehen. Das ist eine Machtanmassung, die dem Bundesrat nicht zusteht. Wir haben keinerlei Untersuchungen, die belegen,



Prof. Esfeld im Gespräch mit Christina Rüdiger: «Generell ist die Beweislast bei denjenigen, die Massnahmen fordern. Sie müssen nachprüfbare Evidenz dafür anführen, dass dadurch Risiken wesentlich reduziert werden, ohne dass es auf der anderen Seite grössere Schäden gibt.»

dass in Restaurants, Fitnessstudios, Universitäten Infektionsherde wären. Da müsste man erstmal die Evidenz haben, um gegebenenfalls auf eine konkrete Gefahrensituation bezogen handeln zu können. Das fehlt vollkommen.

In anderen Ländern, zum Beispiel in England, gibt es keine Zertifikatspflicht mehr. Eigentlich würde sich der Bundesrat nicht in Zugzwang befinden im Vergleich mit anderen Ländern.

Die Aufgabe des Bundesrates ist, dass er ein Impfangebot für alle schafft. Der Bundesrat hat gesagt, dass wenn dieses Impfangebot für alle da ist, kein Grund mehr besteht, irgendwelche Massnahmen aufrechtzuerhalten. Das war eine vernünftige Aussage. Es muss den einzelnen Personen überlassen werden, wie ihre Risikoabwägung ist. Man muss kommunizieren, dass die Impfstoffe nur eine bedingte Zulassung haben, die für eine Not-situation gedacht ist, man hat nicht genügend Studien über Wirksamkeit, mögliche Langzeitfolgen usw. Das gibt uns jetzt die Freiheit, sich durch die Impfstoffe zu schützen, aber es belässt natürlich auch die Freiheit zu sagen, man möchte abwarten und das in der gegebenen Situation lieber nicht tun. Das muss man respektieren. Geimpfte sind geschützt, insofern die Impfung Schutz bietet, und Ungeimpfte gefährden niemanden, wenn sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Aber der Bundesrat hat sich nicht an seine Zusagen gehalten. Das ist in einer Demokratie nicht in Ordnung. Zumindest müsste der Bundesrat eine Kommission einsetzen, in der alle Seiten vertreten sind und die eine umfassende Untersuchung der Massnahmen vornimmt. Der Bundesrat hat sich einfach



«Das Gefährliche an dem, was jetzt geschieht, ist, dass man ein Modell schafft, das auf einer so dünnen Grundlage steht, dass sie dieselbe Vorgehensweise auf beliebige andere alltägliche Situationen anwenden können..»

technokratisch leiten lassen, hat gesagt, wir geben de facto der Bevölkerung eine hohe Impfquote vor. Das ist unser Plan, also wie sowjetische Planwirtschaft. Jetzt hält sich die Bevölkerung nicht daran, und deshalb drangsaliieren wir die Bevölkerung. Der Bundesrat versucht, technokratisch bestimmte Massnahmen gegen die freien und verantwortlichen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger durchzudrücken. Dabei setzt er sich über die elementaren Prinzipien unseres Rechtsstaates hinweg.

Sie haben vorhin gesagt, dass wir in eine Spaltung der Gesellschaft hineinlaufen. Gibt es einen Lichtblick? Wie können wir diese Spaltung der Gesellschaft überwinden?

Indem wir, wie wir es immer getan haben, uns wechselseitig respektieren. Die Schweiz hat eine Vielfalt von Sprachen und Kulturen. Das bedingt, dass man Unterschiede respektieren muss. Sonst kann man nicht zusammenleben. Und genauso muss man jetzt respektieren, dass Personen verschiedene Lebensziele haben und Risiken verschieden abwägen. Aus einem ganz einfachen Grund: Wenn mir jetzt eine bestimmte Massnahme des Bundesrates nutzt, kann sich das morgen ändern. Es kann morgen mich treffen in meiner Lebensweise. Morgen kann es heissen, wie es

jetzt in Neuseeland schon heisst, dass die Raucher ausgegrenzt werden sollen. Als nächstes könnte dann Benzin rationiert werden, damit die Leute weniger Auto fahren. Oder man verbietet Nahrungsmittel, weil sie zu viel Zucker oder Alkohol enthalten usw. Das Gefährliche an dem, was jetzt geschieht, ist, dass man ein Modell schafft, das auf einer so dünnen Grundlage steht, dass sie dieselbe Vorgehensweise auf beliebige andere alltägliche Situationen anwenden können. Der Gesundheitspass kann zu einem beliebigen sozialen Pass mit umfassender sozialer Kontrolle ausgeweitet werden. Wir können aber nicht ein einheitliches Mass, einen einheitlichen Lebensinhalt für alle festlegen. Das ist das Gefährliche an dem Zertifikat: Es suggeriert, wir müssten uns erst von einer wissenschaftlichen oder politischen Autorität als unschädlich zertifizieren lassen, bevor wir unserem normalen Leben nachgehen dürfen. So können wir nicht zusammenleben. Wir müssen wieder unsere Mündigkeit und unsere Eigenverantwortung in die Hand nehmen, weil sonst das Leben von uns allen zerstört wird.

Das ausführliche Interview mit Prof. Michael Esfeld ist mit dem QR-Code direkt abrufbar:



ARTE-Doku: Die chinesische Methode

Eine wahrlich dystopische Zukunftsperspektive! Zwei ARTE-Reportagen dokumentieren die «neue Normalität» nach monatelangem Lockdown in China. Das Smartphone haben die Behörden zu einem Gerät konvertiert, mit dem sie jeden Bürger rund um die Uhr kontrollieren können. Fast wie eine elektronische Fussfessel. Die Chinesen haben gar keine andere Wahl, wenn sie sich weiterhin fortbewegen wollen. Überall die gleiche Prozedur: Bei jedem Eingang in ein Gebäude oder bei Checkpoints auf der Strasse muss ein QR-Code gescannt werden. Zusätzlich werden die Bürger von unzähligen Videokameras, gekoppelt mit Gesichtserkennungssystem, erfasst und aufgezeichnet.

«Von nun an regelt das Handy unser Leben. Es zeigt an, wo wir uns aufhalten dürfen, und stellt uns Gesundheitszeugnisse aus, die unerlässlich für den Einkauf oder die Taxi-



fahrt sind. Selbst in Restaurants bestellen wir das Essen über das Telefon, der menschliche Kontakt ist überall stark eingeschränkt und wir haben das Gefühl, die ganze Zeit verfolgt zu werden.»



Online: 7

Rechtsprofessor Murswiek: «Alle Benachteiligungen Ungeimpfter sind verfassungswidrig»

«Die gegenwärtigen Massnahmen, die Ungeimpfte benachteiligen, verstossen massiv gegen die Grundrechte. Sie sind weder mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, noch lassen sie sich rechtfertigen.» Zu diesem Schluss kommt Dietrich Murswiek, emeritierter Rechtsprofessor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg, in einem über 100-seitigen Rechtsgutachten.

Er stellt fest, dass die Ungeimpften mit den gegenwärtigen 2- oder 3G-Regeln enorm benachteiligt werden, weil ihnen die Teilnahme am öffentlichen Leben so stark erschwert werde, dass es einem Ausschluss gleich komme.

Murswiek macht darauf aufmerksam, dass das offizielle Ziel dieser Massnahmen, die Covid-19-Epidemie einzudämmen, um eine Überlastung der Intensivstationen zu vermeiden, mit diesen 2G- und 3G-Regeln überhaupt nicht möglich und ausserdem schon deshalb nicht erforderlich sei, weil – wie das Gutachten darlegt – eine Gefahr für die Überlastung der Intensivstationen nicht besteht.

«Die Freiheit ist dem Einzelnen nach dem Grundgesetz kraft seiner Menschenwürde garantiert. Er erhält sie nicht erst dann von der Obrigkeit zugeteilt, wenn er beweisen kann, dass er vom Staat definierte Kriterien für seine Ungefährlichkeit erfüllt.»

Online: 8



«Es gibt zur Bekämpfung des Corona-Virus keinen Grund, ein Ermächtigungsgesetz zu erlassen.»

Prof. Dr. Andreas Kley, Zeitgeschehen im Fokus.





Nach der Vorstellung von ID2020 und dem KTDI-Projekt sollen wir uns in Zukunft nur noch mit Gesicht und Iris ausweisen.

Mit dem Covid-19-Zertifikat in die weltweite Überwachung

Wer zukünftig eine Reise ins Ausland antritt, sollte wissen, was mit seinen persönlichen Daten im Covid-19-Zertifikat passieren kann. Unter einer weltweiten digitalen Identität sollen alle persönlichen Daten abgesaugt, gespeichert und verknüpft werden.

Spätestens beim Vorzeigen des digitalen Zertifikats an der Grenze oder am Flughafen betritt der Reisende das Jagdrevier globaler Datenhaie. Seit 2020 zielt eine weltweit agierende Allianz unter den Namen ID 2020 darauf ab, jedem (!) Menschen auf diesem Planeten eine fälschungssichere, eindeutige digitale und transnationale Identität zu verpassen. Mittels Erfassung biometrischer Daten und des Einsatzes der Blockchain-Technologie sollen alle existierenden Daten der Reisenden erfasst werden.¹

Freiwillige Datenlieferanten

Erste Versuche laufen bereits seit letztem Jahr. Der Name des Projekts: Known Traveller Digital Identity, kurz: KTDI.² Gestartet wurde das weltweite Reisen ohne Papiere letztes Jahr

zwischen den Niederlanden und Kanada. Alles verläuft unkompliziert und ohne grossen Zeitaufwand. Am Flughafen passieren die KTDI-Reisenden in einer separaten Schlange die Grenzkontrolle: Gesichtskontrolle, die Sperre öffnet sich und der Reisende liefert alle gespeicherten Daten ab, seine Reisehistorie, seinen Impfstatus und vieles mehr. Und schnell und unkompliziert geht es weiter, beim Einchecken in Autovermietung und in einer der internationalen Hotelketten, mit der digitalen Identität sind Kredit-Historie und Kreditwürdigkeit transparent. Und das Beste: Alles passiert freiwillig und kostenlos für die Datenhaie, welche die neuen Daten mit diversen anderen Daten zusammenfügen. Denn mit der KTDI wird das Reisen so schön unkompliziert.

Flüchtlingslager als Labor

Wie die internationale Impfallianz Gavi wurde auch das KTDI am WEF in Davos geboren. Es ist aber nicht das erste Projekt von ID2020 mit Sitz in New York. Erste Pilotversuche sammelte das Unternehmen mit den Schwächsten der Schwachen: mit Flüchtlingen in Bangladesch. Für eine Impfkampagne der Regierung in Zusammenarbeit mit Gavi wurden Millionen Menschen digital erfasst, bevor sie an den staatlichen Impfprogrammen teilnehmen konnten. Kein Wunder, resümiert Dakota Gruener, die Geschäftsführerin von ID2020, in einem Interview, die aktuelle Corona-Impfung eröffne «eine einzigartige Gelegenheit», in die digitale Identität für Milliarden von Menschen einzusteigen.³

Geldgeber und Profiteure

ID2020 wird von der Champions-League der globalen Player finanziert: von Hightech-Konzernen wie Microsoft und dem Beratungsunternehmen Accenture, der Rockefeller-Stiftung, grossen Hilfsorganisationen wie Care und der von der Gates-Stiftung finanzierten Impf-Allianz Gavi. Längst haben sich die meisten Menschen daran gewöhnt, ihre Daten über Social Media, über Online-Einkäufe, über Fitnesstracker oder übers Smartphone tagtäglich abzuliefern, damit die Algorithmen der globalen Konzerne unsere Käuferprofile erstellen können.

Nun haben jedoch die grossen Techfirmen eine neue erschreckende Dimension der digitalen Überwachung eingeläutet. Private Konzerne kontrollieren ein globales, digitales Identifizierungssystem und speichern auf ihren weltweit zerstreuten Servern fern von staatlicher Kontrolle unsere intimsten Daten⁴. Das Erfassen des Impfstatus erscheint einzig als Vorspiel zu einer ausgedehnten Speicherung von persönlichen Daten des gläsernen Menschen, inklusive weiterer Gesundheitsdaten. Quellen online: [9](#)

Massen-

Überwachung?

Gefährliche Covid-Verschärfung **NEIN**

Zahlenzauber des BAG

Seit März 2020 sind immer wieder auffällige Muster in den Testdaten des BAG zu beobachten. Manipuliert das BAG mit seiner Teststrategie die Fallzahlen und somit die darauf basierenden Kerngrössen und politischen Entscheide?

Bereits im Dezember 2020 hatte eine Analyse¹ aufgezeigt, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine aus wissenschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbare Teststrategie anwendet. Abgesehen davon, dass der PCR-Test eine Infektion nicht zuverlässig nachweisen kann und das Testen von Symptomlosen wenig Sinn macht, fokussiert sich diese erweiterte Analyse vorbehaltlos auf die verfügbaren Daten des BAG.

Wie aus der Grafik eindeutig ersichtlich ist, wurden die Tests in der Regel 4 Wochen vor Einführung einer Massnahme ausgeweitet, um dann nach Einführung der Massnahme wieder zurückgefahren zu werden. Die Analyse kam zum Schluss, dass es aus wissenschaftlicher Sicht mehrheitlich keine Begründung für die teils massiven Veränderungen der Testmenge gab. Hat das BAG hier womöglich Fallzahlen generiert, um Massnahmen zu rechtfertigen?

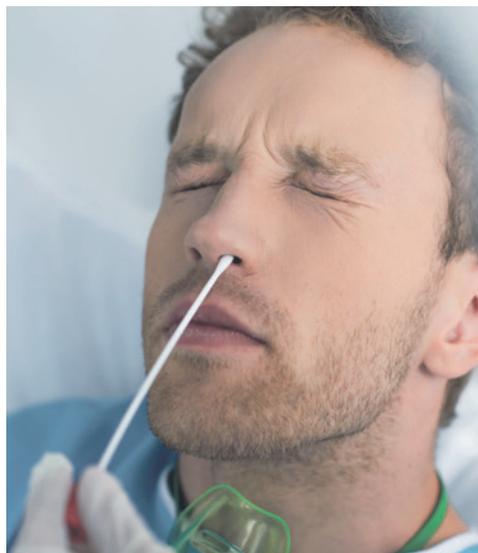
Zum Jahreswechsel schwenkte das BAG dann auf eine neue Strategie um: Verschärfungen der Massnahmen wurden im Dezember und Januar ausschliesslich mit hypothetischen Modellen zur Ansteckung bei Weihnachtsessen und durch neue und ansteckendere Varianten begründet.

Von der subtil manipulativen Teststrategie zur dreisten Datenverfälschung

Ab Woche 5 2021 wurde die Pflicht aufgehoben, negative Resultate von Tests zu melden, die nicht in medizinischen Einrichtungen² durchgeführt werden. Mit der gleichzeitigen massiven Ausweitung von Massentests in nicht medizinischen Einrichtungen, wie zum Beispiel an Schulen, wurden die Zahlen massiv verfälscht. Die Positivrate wird seither durch das Ignorieren einer hohen Anzahl von negativen Testergebnissen viel höher ausgewiesen, als sie tatsächlich ist. Die Auswirkung dieser Verfälschung auf die Massnahmenpolitik ist massiv. In den 3 Kantonen Graubünden, Baselland und

Zug wurden ab Ende Januar bis Mitte März zusätzliche 260'000 Tests durchgeführt. In der Grafik in Abbildung 1 ist die Zunahme der Tests nur in Woche 4 und 5 sichtbar. Nach der Änderung der Meldepflicht waren die ausgewiesenen Tests bereits wieder rückläufig, obwohl Tests an Schulen und Arbeitsplatz ausgeweitet wurden und weitere Kantone nachzogen.

Da das BAG die tatsächliche Testzahl nicht mehr ausweist, haben wir aufgrund verfügbarer kantonaler Zahlen und einer Schätzung eine eigene Hochrechnung erstellt. Wir kommen zum Schluss, dass die Testzahl massiv zu tief und die Positivrate viel zu hoch ausgewiesen wird. Die Positivrate von 5 Prozent wurde wahrscheinlich bereits in Woche 6 unterschritten und nicht erst in Woche 19, wie die offizielle, aber eindeutig falsche Berechnung zeigt. Die 5-Prozent-Positivrate war gemäss Alain Berset die kritische Marke, die unterschritten werden müsste, um Restaurants zu öffnen und Veranstaltungen zu erlauben.



Wenn die auf PCR-Tests basierenden Fallzahlen falsch sind, sind auch alle abgeleiteten Zahlen unbrauchbar.



Öffnungsschritte verzögern, um Impfdruck hochzuhalten

Während eine Debatte über die Schliessung der Skiterrassen geführt wurde, hatte die tatsächliche Positivrate wahrscheinlich bereits 2 Prozent unterschritten. Ein Ringversuch³ in Deutschland hat letztes Jahr ergeben, dass der PCR-Test bei tiefer Verbreitung des Virus, wie dies im Frühjahr und vor allem Sommer zu erwarten ist, eine Falschpositivrate von bis zu 1.8 Prozent aufweist.⁴

Natürlich ist zu berücksichtigen, dass einige der ausgewiesenen Tests per Antigen-Test durchgeführt wurden und dass dessen Fehlerquote tiefer liegt. Dennoch kann festgehalten werden, dass beim korrekten Zählen aller Tests ab Woche 8 bis heute mit hoher Wahrscheinlichkeit mindestens die Hälfte der Ergebnisse falsch positiv waren. Von Woche 18 bis 31 sind mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu 100 Prozent der Testergebnisse falsch positiv gewesen.

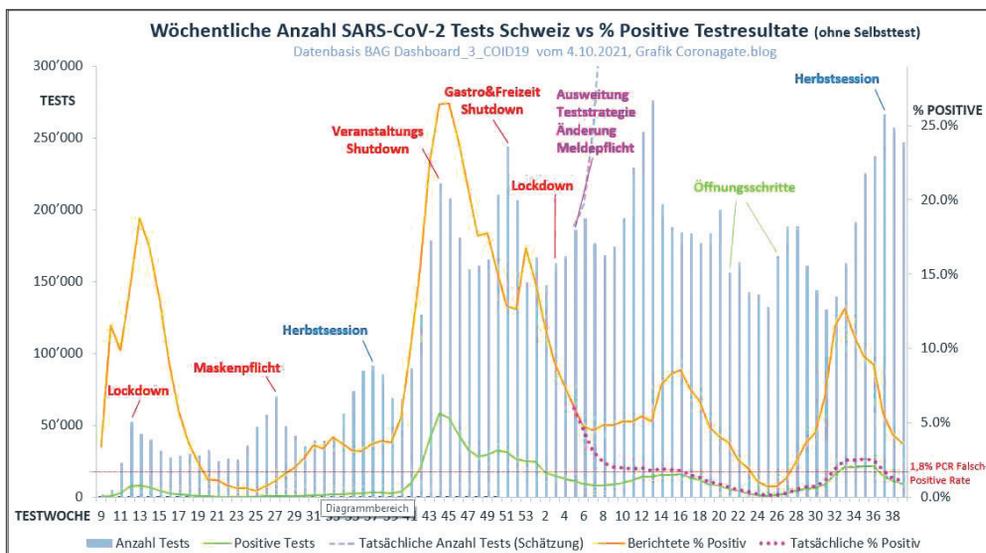
Im Juli hat sich zudem die Positivrate der PCR-Tests auf unerklärliche Art und Weise komplett von jener der Antigentests losgelöst. Der PCR-Test hatte zeitweise eine bis 15-mal höhere Positivrate ausgewiesen als der Antigen-Test, was unter Berücksichtigung des Test-Mix nur zwei Schlussfolgerungen zulässt: Entweder messen die beiden Tests völlig unterschiedliche «Erkrankungen» oder aber die Daten sind manipuliert. Das BAG hat zu unseren Beobachtungen und Fragen bis Redaktionsschluss keine Stellung bezogen.

Täuscht das BAG sogar das Parlament und beeinflusst es damit die Gesetzgebung?

Wenn aber die Fallzahlen, die vorwiegend auf dem PCR-Test basieren, eine solch hohe Fehlerquote aufweisen, so sind auch alle weiteren Zahlen, die daraus abgeleitet werden, unbrauchbar. Konkret sind dies die Inzidenzwerte, die Hospitalisierungsrate, die Intensivbettenbelegung, die Todesfälle und der R-Wert. Somit sind auch alle Massnahmen, die sich auf diese Zahlen stützen, ernsthaft zu hinterfragen.

Eine sehr brisante Erkenntnis, die uns diese Grafik offenbart, ist die Tatsache, dass jeweils 4 bis 5 Wochen vor Beginn der Herbstsession die Anzahl Tests ausgeweitet wurde. Versuchte man hiermit möglicherweise das politische Klima in Bern durch hohe Fallzahlen zu beeinflussen? Dieser Frage muss zwingend nachgegangen werden. In den 4 Wochen vor der Herbstsession 2020 wurden die Tests und somit auch die Fallzahlen verdoppelt. Nachdem das Covid-19-Gesetz in der ersten Woche heiss debattiert worden war, hat man die Tests anschliessend wieder zurückgefahren.

Quellen online: [10](#)



Vom BAG berichtete und nach Änderung der Meldepflicht in Woche 5 2021 geschätzte Positivrate.

Herrscht wirklich eine «Pandemie der Ungeimpften»?

Regierungen und Medien behaupten, dass Ungeimpfte die Spitäler verstopfen würden und für die «Pandemie» verantwortlich seien. Die Faktenlage in der Schweiz und internationale Studien entlarven dies als Mythos.

Seit Ende August 2021 vermelden Regierungen und Medien weltweit mit beinahe identischem Wortlaut, dass eine «Pandemie der Ungeimpften» grassiere. Auch die Schweiz ist dabei: An der Pressekonferenz vom 24. August 2021 lässt die Task Force verlauten, dass in den Spitälern eine «Epidemie der Ungeimpften» beobachtet werden könne, und dass «90 Prozent der hospitalisierten Covid-Patienten ungeimpft seien». Auch aktuell wird immer noch hartnäckig an der Behauptung festgehalten, dass «Ungeimpfte» die Spitäler füllen. Ist dies wirklich so? Wie solide ist die Datenlage für diese Behauptung?

Impfstatus in vielen Fällen unbekannt

Während das Bundesamt für Gesundheit (BAG) vermeldet, dass der Impfstatus seit dem 27.01.2021 für Hospitalisierte erhoben werde, belegen Berechnungen, dass Ende August lediglich von 59 Prozent der «Covid-Hospitalisationen» der Impfstatus bekannt war.^{1,2} Das Kantonsspital St. Gallen gab zu, dass der Impfstatus bei Hospitalisierten bis zum 23.08.2021 nicht systematisch erhoben worden war und dass in der Task Force-Sitzung vom 23.08.2021 aber festgelegt wurde, den Impfstatus zukünftig bei allen stationären Eintritten zu erfassen. Die Behauptung des BAG hinsichtlich Erhebung des Impfstatus ist somit wenig fundiert.

Wie werden «teilweise geimpfte» Patienten ausgewiesen?

Ende August wurde in den USA bezugnehmend auf eine Studie der «Centers for Disease Control and Prevention» (CDC) in den öffentlichen Medien verkündet, dass die Wahrscheinlichkeit für eine «Covid-Hospitalisation» für «Ungeimpfte» 29mal höher sei als für «Geimpfte».^{3,4} Wer die Studie genauer anschaut, stellt fest, dass die Datengrundlage für diese Behauptung systematisch fragwürdig ist: Patienten, die innert 14 Tagen nach Erhalt der ersten «Impfung» hospitalisiert wurden oder starben, wurden zu den «Ungeimpften» gezählt. Auch in der Schweiz scheint diese Vorgehensweise Anwendung zu finden: Im BAG-Situationsbericht wird erklärt: «Als vollständig geimpfte Fälle gelten nachfolgend nur Fälle, die bei Diagnose (Zeitpunkt des positiven Tests) seit mindestens 14 Tagen mit zwei Impfdosen geimpft waren».²

Auch wenn für diese Vorgehensweise aus formaler und immunologischer Sicht eine gewisse Logik vorliegen mag: Wäre im Sinne einer transparenten Kommunikation in den wöchentlichen BAG-Situationsberichten nicht eine Offenlegung der Hospitalisationen und Todesfälle aufgeteilt in den Status «ungeimpft», «teilweise geimpft» und «vollständig geimpft» wünschenswert? Dies wäre unter an-



Weltweit behaupteten die Leitmedien zeitgleich und mit übereinstimmendem «wording», wir hätten eine «Pandemie der Ungeimpften». (Bild: SRF-Tagesschau, 24. August 2021)⁹

derem auch hilfreich, um allfällige Signale hinsichtlich Hospitalisationen infolge Impf-Nebenwirkungen, wie z.B. Herzmuskelentzündungen, kardiovaskulären Ereignissen und Antikörper-induzierten Verschlimmerungen einer Covid-Erkrankung korrekt zu erkennen. Eine im August publizierte Studie hat gezeigt, dass schwere Krankheitsverläufe von Covid-19 durch infektiionsverstärkende Antikörper (Antibody Dependent Enhancement, ADE) gegenüber der Delta-Variante bei «Geimpften», denen der aktuelle Impfstoff verabreicht wurde, massiv zunehmen könnten.⁵

Internationale Daten zeigen: Hospitalisationen werden von «Geimpften» dominiert

Die Zulassungsstudien haben für die «Impfstoffe» bis heute weder für «schwere» noch für «leichte Covid-Erkrankungen» eine relevante Wirksamkeit belegt (Siehe Artikel S. 16).



Diese fehlende Effektivität bestätigt sich nun auch in der realen Welt: Zahlen aus einem Spital in Jerusalem zeigten, dass Anfang August 95 Prozent der schwer an Covid-19 erkrankten Patienten vollständig geimpft waren.⁶ Offizielle Daten aus Schottland belegen, dass 87 Prozent der während der Anfang Juli beginnenden «3. Welle» an Covid-19 Verstorbenen geimpft waren.⁶ In ähnlicher Weise ergab eine Untersuchung der amerikanischen CDC in Barnstable County, USA, dass es sich bei 80 Prozent der wegen Covid-19 hospitalisierten Patienten um vollständig Geimpfte handelte.⁶

Aktuelle Daten der englischen Gesundheitsbehörde belegen, dass 55 Prozent der Covid-Fälle von August bis September durch Geimpfte verursacht wurden. Von 8'160 Personen, die nach einem positiven RT-PCR-Test hospitalisiert wurden, waren 4'557 vollständig geimpft, 383 einmal geimpft und 3'220 ungeimpft. Während des gleichen Zeitraums starben 2'284 vollständig Geimpfte, 111 einmal Geimpfte und 740 Ungeimpfte 28 Tage nach einem positiven RT-PCR-Test.⁷

Eine kürzlich publizierte Analyse, die Daten aus 68 Ländern und 2'947 Bezirken der USA untersucht hat, kommt zum Schluss, dass die «Impfung» als primäre Massnahme zur Entschärfung der aktuellen Situation nochmals überdacht werden sollte, da hohe Fallzahlen von Covid-19 mit hohen Durchimpfraten zu korrelieren scheinen.⁸

Fazit: Insgesamt wird die Aussage, dass «Ungeimpfte» die Hospitalisationen dominieren, durch aktuelle Daten nicht untermauert. Diese deuten vielmehr auf das Gegenteil hin: Hospitalisationen und schwere Verläufe infolge SARS-CoV-2 scheinen mehrheitlich bei «Geimpften» aufzutreten.

Quellen online: [11](#)

Impfen ohne Ende?

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung müssen Covid-Impfungen ständig «aufgefrischt» werden. Was sagt das über deren Qualität aus? Und wem nützt das?

Während die Covid-Impfungen ursprünglich für ein zweimaliges Verabreichen zugelassen wurden, zeichnet sich nun ab, dass wohl schon bald eine dritte «Booster-Impfung» erforderlich sein könnte. Gesuche für eine Zulassungserweiterung für solch eine dritte Dosis wurden von den Zulassungsinhabern Pfizer/BioNTech und Moderna in der Schweiz Mitte September 2021 eingereicht. In Israel wird die Bevölkerung derweil bereits auf eine vierte «Booster-Impfung» vorbereitet. Offiziell werden die «Auffrischimpfungen» damit begründet, dass bei früh immunisierten älteren Menschen der Impfschutz allmählich nachlässt. Fakt ist, dass die Covid-Impfungen bis heute in keiner Zulassungsstudie je eine relevante Wirksamkeit belegt haben.¹

Alarmierende Nebenwirkungen

In den USA hat ein Expertengremium der Arzneimittelbehörde FDA mit 16 zu 2 Stimmen einen umfassenderen Antrag auf Genehmigung von Auffrischimpfungen des Pfizer-Impfstoffs für alle Personen ab 16 Jahren sechs Monate nach einer vollständigen Durchimpfung mangels Daten zur Wirksamkeit abgelehnt und dabei Zweifel an der Sicherheit geäussert.² Zugestimmt haben sie lediglich dem Verabreichen von «Auffrischimpfungen» bei älteren Menschen und Risikopatienten. In der Tat sind die weltweit rapportierten Nebenwirkungsmeldungen alarmierend.^{3,4} Da bekannt ist, dass nur ein Bruchteil aller Nebenwirkungen überhaupt gemeldet wird, dürfte die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegen. Es ist davon auszugehen, dass das Risiko für eine (schwere) Nebenwirkung mit jeder zusätzlichen Impfung deutlich ansteigt.⁵ Die Konsequenzen dürften vielfältig und teils schwerwiegend sein: Unter anderem sind aufgrund der aktuellen Datenlage schwere Krankheitsverläufe infolge infektionsverstärkender Antikörper (ADE), Autoimmunerkrankungen, Thrombozytopenien, eine Aktivierung von Herpes Zoster und kardiovaskuläre Ereignisse wie Schlaganfall und Herzinfarkt zu erwarten.^{6,7}

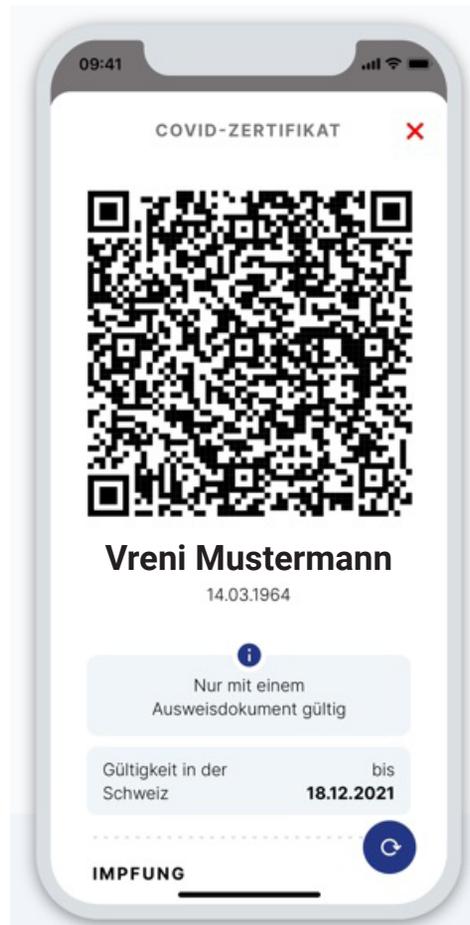
Daten zu langfristiger Sicherheit und Wirksamkeit fehlen

Sollen wir fortan nur noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wenn wir uns in regelmässigen Abständen mittels mRNA/DNA- oder Spikeprotein-Injektionen behandeln lassen, für die Daten zur Langzeit-Sicherheit und Wirksamkeit fehlen? Was ist überhaupt die medizinische Erklärung dafür, sich gegen eine Erkrankung generell und zukünftig wiederkehrend impfen zu müssen, deren Infektionstodesrate nachweislich nicht höher liegt als diejenige einer Grippe?⁸ Wem, ausser dem Umsatz der Pharmafirmen, ist hiermit wirklich gedient? Quellen online: ¹²

Das Covid-Zertifikat und seine wissenschaftliche Grundlage

Seit dem 13. September 2021 hat «es» die Gesellschaft weiter gespalten: Während seine Einführung das Leben von Geimpften und Genesenen kaum tangierte, hat «es» das Leben von Ungeimpften doch deutlich komplizierter gemacht: «es», das erweiterte Covid-Zertifikat.

Eingeführt wurde es mit dem Argument, dass die Spitäler am Anschlag seien. Der Artikel «Die Spitalbetten und ihre wahre Auslastung: Wurden wir betrogen?» belegt, dass die Spitäler weder in den letzten 20 Monaten, noch Mitte September vor Einführen des erweiterten Covid-Zertifikates aussergewöhnlich ausgelastet waren.



Alle Gesunden stehen unter Generalverdacht. Wie konnte es nur so weit kommen?

Geimpften wird mit dem Covid-Zertifikat überall Eintritt gewährt, ohne dass sie ein negatives Testresultat vorlegen müssen. Ungeimpfte müssen fortan belegen, dass sie nicht mit SARS-CoV-2 infiziert sind. Was ist die wissenschaftliche Erklärung hierfür? Eine kürzlich publizierte Studie der amerikanischen Gesundheitsbehörde CDC hat gezeigt, dass die Virenlast bei «Geimpften» und «Ungeimpften» absolut vergleichbar ist und dass aktuelle Varianten der SARS-CoV-2-Viren durch beide Gruppen in einem vergleichbaren Ausmass übertragen werden können.¹ Sollte basierend auf diesen Erkenntnissen nicht auch jeder Geimpfte belegen müssen, dass er nicht infektiös ist? Genesenen wird aktuell empfohlen, dass sie sich innerhalb von drei Monaten nach erfolg-

ter Infektion impfen lassen, da man, laut BAG, mit einer Impfung besser vor einer Infektion geschützt sei. Tun sie dies nicht, verliert ihr Zertifikat seine Gültigkeit. Auf welche Daten beruft sich das BAG? Mittlerweile haben diverse Studien belegt, dass die Immunität von Genesenen breiter und stabiler ist als von Geimpften.²⁻⁴ «Symptomlose Menschen», die vor «Coronazeiten» als «Gesunde» bezeichnet wurden, müssen neuerdings beweisen, dass sie gesund sind. Das heisst, belegen müssen sie nur, dass sie basierend auf einem PCR-Test nicht mit SARS-CoV-2 infiziert sind. Eine Infektion mit allen anderen Viren oder Bakterien ist «zulässig» und wird als irrelevant erachtet. Begründet wird dies damit, dass die aktuell zirkulierenden Coronaviren «heimtückischerweise» auch in relevantem Ausmass von Symptomlosen übertragen werden.

Die These der asymptomatischen Übertragung von SARS-CoV-2 geht auf die «Patientin Null» zurück, eine Chinesin, die anfangs 2020 «ganz ohne Symptome» in Bayern eine Gruppe von Geschäftsleuten angesteckt haben soll. Bereits im April 2020 war bekannt, dass diese «Patientin Null» Schmerzmittel zur Symptomlinderung eingenommen hatte, womit die These der asymptomatischen Übertragung widerlegt war. Wieso wurde das in der Öffentlichkeit nie korrigiert? Wieso werden Gesunde neuerdings als potentielle Gefahrenquelle angesehen und müssen fortan belegen, dass sie nicht infektiös sind, obwohl es keinerlei Belege hierfür gibt und dies im Widerspruch zu allem steht, was vor «Corona-Zeiten» in der Medizin vermittelt wurde? In einer gross angelegten Studie, an der fast 10 Millionen Einwohner Chinas teilnahmen, konnten keine Neuinfektionen bei Personen festgestellt werden, die mittels PCR-Test positiv auf SARS-CoV-2 getestet worden waren, aber keine anderen Anzeichen einer Infektion aufwiesen.⁵

Das erweiterte Covid-Zertifikat wurde basierend auf wenig wissenschaftlichen Argumenten eingeführt, und auch die Grundlagen des Zertifikates selbst scheinen medizinisch und epidemiologisch fragwürdig. Die Vereinigung massnahmenkritischer Polizisten «Wir für Euch» hat mit Staatsanwälten, Richtern und Anwälten zusammen eine rechtliche Analyse ausgearbeitet, die zum Schluss kommt, dass die Covid-Zertifikatspflicht ein schwerer Eingriff in die Grundrechte darstellt und dass sowohl die gesetzliche Grundlage, als auch die Verhältnismässigkeit fehlen.⁶

Das Einführen des erweiterten Covid-Zertifikates scheint insgesamt nur einem einzigen Zweck zu dienen: Ungeimpfte sollen immer mehr in die Enge getrieben werden.

Quellen online: ¹³

Die Schweizer Spitalbetten und ihre wahre Auslastung

Der Bund begründet verschärfte Massnahmen wie das Covid-Zertifikat damit, dass die Spitäler überlastet seien. Ein Blick in die Statistik zeigt aber: Die Spitalbetten waren weder über den ganzen Zeitraum hinweg noch an einzelnen Stichtagen aussergewöhnlich ausgelastet.



Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege sind das grössere Problem als die fehlenden Bettenkapazitäten.⁴

Seit «Pandemiebeginn» wird uns regelmässig eingebläut, dass wir sämtliche Massnahmen unter dem Motto «Flatten the curve» betreiben, um unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren. Als Messgrösse für ein funktionierendes Gesundheitswesen spielt die Auslastung der Spitalbetten, insbesondere die Auslastung der Betten auf den Intensivstationen («IPS-Betten»), eine zentrale Rolle. Die Schweiz verfügt üblicherweise über rund 1'000 IPS-Betten. Die durchschnittliche Auslastung, die im Übrigen für alle Spitalbetten der Auslastung entspricht, die eine Rentabilität garantiert, beträgt normalerweise rund 75 Prozent.¹

Die aktuelle Auslastung der Schweizer Spital- und IPS-Betten ist auf der Webseite des Bundes <https://www.covid19.admin.ch/de/overview> (-> Spitalkapazitäten) ersichtlich. Eine detaillierte Übersicht der Statistik zu IPS-Betten nach Kantonen sowie der Verlauf der Kapazitäten und der Auslastung über das Jahr hinweg werden auf der von der ETH betriebenen Webseite www.icumonitoring.ch publiziert. Die unter «National trends» ersichtliche Grafik zeigt, dass die IPS-Betten im Frühling 2020 kurzzeitig um rund einen Drittel hochgefahren wurden, um sich für den Rest des Jahres wieder auf Normalniveau einzupendeln. Auf der «National-trends-Grafik» ist ebenfalls zu erkennen, dass die IPS-Betten zu keinem Zeitpunkt in den letzten 20 Monaten eine kritische Auslastung erreicht haben.²

Auslastung der Spitalbetten an einigen denkwürdigen Stichtagen

An verschiedenen Stichtagen wurde in den Medien verkündet, dass die Spitäler voll und deshalb Massnahmen erforderlich seien:

02.11.2020

Der Kanton Genf verhängt «angesichts der angespannten Situation im Gesundheitswesen» den Ausnahmezustand. Ein Blick auf die Genfer Bettenbelegung zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt von rund 3'000 Spitalbetten immer noch 1'000 frei und von 73 IPS-Betten lediglich 44 belegt sind.²

17.12.2020

Ärzte und Spitaldirektoren treten vor die Medien und bitten in einem dramatischen Appell den Bund darum, endlich zu handeln, um das «überlastete» Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Einen Tag später geht die Schweiz in den zweiten Lockdown. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Sowohl die Schweizer Spitalbetten insgesamt als auch die IPS-Betten sind zu diesem Zeitpunkt lediglich zu rund 75 Prozent ausgelastet.²

16.04.2021

Der «Tages-Anzeiger» lässt verlauten, dass im Kanton Zürich die IPS-Betten wieder «knapp werden». Von 199 Zürcher IPS-Betten sind nur noch 29 frei. Dies entspricht zwar einer Auslastung von rund 85%. Ein Vergleich mit den Zahlen vom 02.11.2020 - der Kanton Zürich verfügte damals noch über 328 IPS-Betten - lässt aber erkennen, dass über rund fünf Monate hinweg trotz «grassierender Pandemie» ganze 40% der IPS-Betten abgebaut worden sind.²

07.09.2021

Auch die Einführung des erweiterten Covid-Zertifikates am 13.09.2021 wird mit der «hohen Spitalbettenauslastung» begründet. Bereits einige Tage vorher titelt der Blick am 07.09.2021: «Weil die Spitäler am Anschlag sind, zieht der Bundesrat die Corona-Schraube nochmals an. Schon ab Montag sollen vielerorts nur noch Geimpfte, Genesene und Getestete reindürfen.» Ein Blick auf die Seite des Bundes zeigt, dass per 07.09.2021 gerade einmal 78.7% der Spitalbetten insgesamt und 76.1% der Intensivbetten ausgelastet sind.

Vergleichen wir das, was uns Behörden und Medien seit «Pandemiebeginn» zur Auslastung der Spitäler kommuniziert haben, mit der Realität, müssen wir zwangsläufig zum Schluss kommen, dass wir angelogen worden sind: Die Spitalbetten waren weder über den ganzen Zeitraum hinweg noch an einzelnen Stichtagen aussergewöhnlich ausgelastet. Dies, obwohl über Monate hinweg schleichend die Kapazitäten der Betten abgebaut worden sind. Eine fundierte Analyse belegt sogar, dass die Schweizer Spitäler 2020 im Vergleich zu anderen Jahren deutlich weniger ausgelastet waren.³

Quellen online: [14](#)

Pandemie der kleinen Zahl



Winston Churchill spottete einst: «Ein Experte ist ein Mann, der hinterher genau sagen kann, warum seine Prognose nicht gestimmt hat.» Die echten Experten dieser Welt sagen Ihnen bereits im Voraus, wie genau ihre Prognose ist. Seit Beginn der Corona-Krise hat John Ioannidis mit Abstand die zuverlässigsten Berechnungen geliefert. Er ist der weltweit meist zitierte Professor für Epidemiologie und hatte am 17. März 2020 in einem Artikel¹ anschaulich erläutert, dass Covid-19 wahrscheinlich sehr viel weniger gefährlich ist, als dies von Experten und Medien propagiert wird. Er warnte auch, dass sich durch die Panik möglicherweise ein Fiasko anbahnt.

Wie eine mittlere Grippe

Ioannidis hatte die Situation auf dem Kreuzfahrtschiff Diamond Princess analysiert, das aufgrund eines Corona-Ausbruchs vor Japan vor Anker lag und somit ein perfektes «Labor» für das Studium von Covid-19 bot. Er kam zum Schluss, dass die IFR (Infection fatality rate oder Sterblichkeit nach Infektion) von SARS-CoV-2 auf die Altersstruktur der USA hochgerechnet bei ungefähr 0,125 Prozent liegt und somit einer mittleren Grippe entspricht. Diese kleine und unauffällige Zahl stand der 27-fach höheren Schätzung der WHO von 3,4 Prozent gegenüber.

Unhaltbare Schätzung der WHO

Als Spitzenexperte hat Ioannidis natürlich noch hinzugefügt, dass aufgrund der limitierten Daten die Schwankungsbreite zwischen 0,025 und 0,625 Prozent liegt. Somit war spätestens ein Tag nach dem Lockdown in der Schweiz erkennbar, dass wir keineswegs im Blindflug waren und die Schätzung der WHO unhaltbar war. Im Oktober 2020 veröffentlichte die WHO in ihrem Bulletin² eine neue Studie von Ioannidis mit einer geschätzten IFR unter 0,2 Prozent. Indirekt hatte die WHO bestätigt, dass SARS-CoV-2 mit einer Grippe vergleichbar ist.

Somit hätte die Pandemie sofort als beendet erklärt werden müssen, wie dies von zahlreichen Experten gefordert wurde. Die WHO hatte 2009 kurz vor der Schweinegrippe-Pandemie jedoch die Definition einer Pandemie geändert.

Seither ist nicht mehr entscheidend, wie gefährlich die Krankheit ist. Es reicht aus, wenn in mehreren Ländern eine hohe Anzahl von «Fällen» registriert wird. Und da ein positiver PCR-Test als Fall umgedeutet wurde, auch wenn der Patient weder krank ist noch Symptome hat, wird munter weitergetestet.

Ioannidis lässt aber trotz Anfeindungen und Drohungen nicht locker. Er hat weitere Studien publiziert und berechnete im Mai 2021 aufgrund weiterer Daten eine globale IFR von 0,15 Prozent, was sehr nahe an seiner ursprünglichen Schätzung von 0,125 für die USA liegt. Haben Bundesrat und Parlament also auf die falschen Experten gehört? [Quellen online: 15](#)

Covid-Impfstoffe: Wie wirksam sind sie wirklich?

Ein fundierter Blick in Zulassungsstudien wirft Fragen auf.

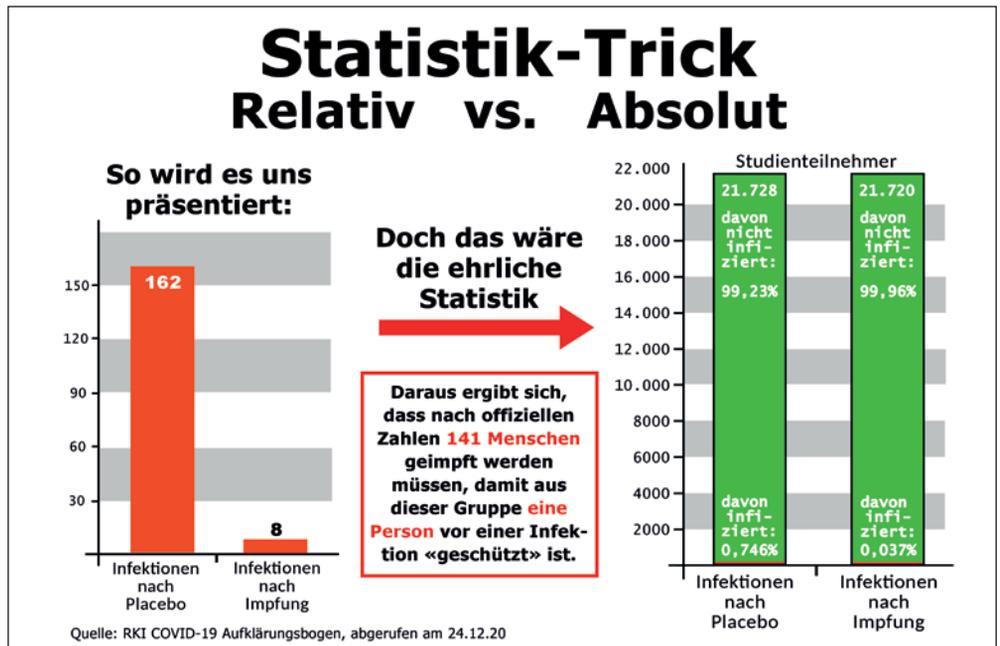
Während Behörden und Medien in nicht endend wollendem Gleichklang behaupten, dass die Covid-Impfstoffe «hochwirksam» seien, zeigt ein fundierter Blick in die Zulassungsstudien das Gegenteil: Für alle Covid-Impfstoffe wird in den Zulassungsstudien im «primären Wirksamkeitseindpunkt» die Effektivität betreffend Verhinderung einer «leichten Covid-Erkrankung» basierend auf 1-2 Symptomen (z.B. Fieber, Husten, Erkältung, Halsweh, Kopfweh, Gliederschmerzen, Geruchs-/ Geschmackungsverlust) in Kombination mit einem positiven PCR-Test untersucht.^{1,2}

Taschenspielertrick der Pharmaindustrie

Bei Pfizer/BioNTech traten in der Zulassungsstudie bei gerade einmal 8/21'720 (=0.04%; Impfstoffgruppe) vs. 162/21'728 (=0.74%; Placebogruppe) eine «leichte Covid-Erkrankung» auf.³ Beim Moderna-Impfstoff beliefen sich die Zahlen der «leichten Covid-Erkrankungen» auf 11/14'134 (=0.08%; Impfstoffgruppe) vs. 185/14'073 (=1.31%; Placebogruppe).⁴

Bei beiden Studien wurde somit «trotz grasierender Pandemie» bei lediglich rund 1% der Studienteilnehmer eine «leichte Covid-Erkrankung» dokumentiert. Berechnen wir auf diesen Zahlen basierend die absolute Risikoreduktion (ARR), ergibt sich für den Pfizer/BioNTech-Impfstoff eine ARR von 0.7% und für denjenigen von Moderna eine ARR von 1.23%.

Solch kleine ARR-Werte sind natürlich nicht medienwirksam und lassen die Frage aufkommen, wie wirksam der Impfstoff tatsächlich ist.⁵ Also wird zum alten Taschenspielertrick der Pharmaindustrie gegriffen, und die relative Risikoreduktion (RRR) wird verkündet. Diese beträgt für den Pfizer/BioNTech-Impfstoff tatsächlich 95 % (0,70 bezogen auf 0,74). Ohne Kontextinformationen ist die RRR aber nicht valide interpretierbar. Es werden also nicht 95 von 100 Geimpften geschützt, sondern man muss 143 Personen



Vergleich Absolute- (ARR) vs. Relative Risikoreduktion (RRR) am Beispiel des Pfizer/BioNTech-Impfstoffes.³

impfen, um eine einzige «leichte Covid-Erkrankung» zu verhindern (100 : 0,70 = 143).⁶ Dieser Trick wird in der Abbildung veranschaulicht.

Die Fallzahlen von «schweren Covid-Erkrankungen» (z.B. Verläufe, die zu einem Spitalaufenthalt führten) waren in den Zulassungsstudien so klein, dass hierfür seriöserweise keine Wirksamkeit proklamiert werden kann. Bei Pfizer/BioNTech traten z.B. insgesamt nur gerade vier schwere «Covid-Erkrankungen» auf.³

Bis heute wurden keine Daten zur Entblinderungsrate (sprich: überprüfen, ob ein Studienteilnehmer zur Impfstoff- oder Placebogruppe gehörte) publiziert. Es ist unklar, inwieweit Symptome in der Impfstoffgruppe möglicherweise als Nebenwirkung interpretiert wurden und nur in der Placebogruppe zu einem PCR-Test führten.⁷

Keine Entlastung des Gesundheitssystems

Aletheia, eine Vereinigung kritischer Ärzte, hat anfangs Juli 2021 Swissmedic in einem Offenen Brief gebeten, die Zulassung der Covid-Impfstoffe infolge gravierender Unklarheiten zu sistieren. Die im Brief formulierten Fragen wurden von Swissmedic bis heute nicht beantwortet.⁸

Es drängen sich die Fragen auf: Wieso werden Impfstoffe zugelassen, für die in den Zulassungsstudien bis heute gar keine Wirksamkeit für «schwere Covid-Erkrankungen» belegt wurde? Inwiefern sollen Impfstoffe das Gesundheitssystem entlasten, die in den Zulassungsstudien nur ansatzweise eine Wirksamkeit für «leichte Covid-Erkrankungen» gezeigt haben? Quellen online: 16

Als kritische Berichterstattung noch erlaubt war

«Erinnern Sie sich noch an die Schweinegrippe 2009? Schon damals warnte die WHO vor erschreckenden Todeszahlen und rief die Pandemie aus. Die meisten Staaten deckten sich mit Impfstoffen ein und forderten die Be-



Thema der Rundschau vom 07.04.2010: Stecken WHO und Pharmaindustrie unter einer Decke?

völkerung auf, sich damit zu schützen.» Fazit: Weniger Tote als bei saisonalen Grippe, aber riesige Gewinne für die Pharmamultis. Der Europarat setzte eine Untersuchungskommission ein, um die Rolle der WHO zu überprüfen. Diese erhob schwere Vorwürfe: «Dank geänderter Definition einer Pandemie hat die WHO eine normale Grippe zur globalen Pandemie erklärt und den Pharmamultis Milliarden Gewinne beschert, zum Schaden von Millionen Geimpften.» Die Parallelen zur aktuellen Krise sind unverkennbar!

Noch ausführlicher behandelte das Thema die arte-Doku «Profiteure der Angst»:



CDC-Direktorin: Impfstoffe verhindern keine Infektion

Rochelle Walensky, Direktorin der US-Seuchenschutzbehörde CDC, hat in einem Interview auf CNN eingestanden, dass der Impfstoff weder eine Covid-19-Infektion verhindert, noch die geimpfte Person davon abhalte, die Infektion zu übertragen.

Wenn aber eine geimpfte und eine nicht geimpfte Person die gleiche Fähigkeit haben, das Virus zu tragen, auszuseiden und zu übertragen – mit oder ohne Symptome –, welchen Sinn macht dann ein Impfpass oder ein Covid-Zertifikat? Auch dieser Elefant steht weiterhin im Raum. Online: 17



Es reicht! Hände weg von unseren Kindern

Der Verein «Lehrernetzwerk Schweiz» hat sich zum Ziel gesetzt, unsere Schulkinder vor den schädlichen und willkürlich angeordneten Coronamassnahmen zu schützen und die kritischen Lehrerinnen und Lehrer miteinander zu vernetzen.

Unser Lehrernetzwerk hat gezündet wie eine Rakete! Bereits vier Wochen nach der Gründung Anfang September zählte der Verein über 1'200 Mitglieder, rund Dreiviertel davon sind engagierte Lehrerinnen und Lehrer. In der Zwischenzeit ist das Wachstum ungebremst weitergegangen. Auch konnten wir in kurzer Zeit Spenden im fünfstelligen Bereich entgegennehmen. Es sind Spenden, **auf die wir auch in Zukunft dringend angewiesen sind.** Denn die Situation wird immer unübersichtlicher und willkürlicher.

Es freut mich sehr, dass ich als Mitgründer und Präsident unseren Verein an dieser Stelle vorstellen darf. Er steht auf drei Säulen:

1. Vernetzung von Lehrerinnen und Lehrern

Wir möchten alle Pädagogen in der Schweiz vernetzen, denen der Schutz unserer Kinder ein zentrales Anliegen ist. Viele Lehrer sind verzweifelt und fühlen sich allein gelassen. Es herrscht ein Geist der Angst, und viele Lehrerinnen und Lehrer getrauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen. Das ist Gift für unsere Gesellschaft, denn die Redefreiheit



Kinder leiden am meisten unter dem Hygiene-Wahn

ist ein zentrales Fundament unserer westlichen Rechtsstaaten. Wir sind hier, um diesen Ängsten entgegenzutreten und allen Lehrern zu sagen: «Habt Mut, zeigt Gesicht! Wir sind viele.» Wir motivieren also alle Pädagogen, für ihre Meinung hinzustehen, sorgen dafür, dass viele aus ihrer Isolation herauskommen, stellen den Kontakt zwischen Lehrerinnen und Lehrern auch in den Kantonen her und sorgen für ein koordiniertes Vorgehen.

2. Rechtliche Schritte

Unser Verein erhält täglich Dutzende von rechtlichen Anfragen von Lehrern und Eltern. Wir beantworten sie und leiten sie bei grösseren Problemen und Nöten an unsere Fachjuristen weiter. Die Menschen vergelten es uns mit grosser Dankbarkeit. Denn sie merken: Sie sind nicht mehr allein. Es ist endlich jemand hier, der ihnen zuhört, der sie ernst nimmt und ihnen ganz konkret hilft. Ferner haben wir bereits in den Kantonen Aargau und Zürich Klagen am Verwaltungsgericht eingereicht gegen Massnahmen, die sich direkt gegen unsere Kinder wenden. Im Kanton Luzern haben wir eine Beschwerde mitfinanziert und in weiteren Kantonen sind weitere Beschwerden in Abklärung. Wir kämpfen somit Seite an Seite mit Pädiatrie Schweiz¹ für unsere Kinder und – groteskerweise – gegen die grossen Lehrerverbände, welche viele ihrer Leute im Stich lassen.

3. Homeschooling-Netzwerk

Da eine rechtliche Strategie alleine nicht ausreicht, braucht es Alternativen. Das Lehrernetzwerk Schweiz hat zu diesem Zweck Mitte Oktober das Elternnetzwerk Schweiz gegründet, welches besorgte Eltern vernetzt und mit welchem wir dann gemeinsam ein Homeschooling-Netzwerk auf die Beine stellen wollen. Die Idee ist: Eltern, die keine Kraft mehr haben, weil auf ihre Einwände und Sorgen niemand von den Behörden reagiert und die ihre verzweifelten Kinder des-

halb aus der Schule nehmen möchten, brauchen eine gute Alternative. Diesbezüglich sind wir auch mit «swissonlineschool» in Kontakt, welche bereits mit mehreren Lehrerinnen und Lehrern im Homeschooling arbeitet und kurz vor der Zertifizierung steht. Finanzschwache Eltern könnte unser Verein unterstützen. Unser zentrales Anliegen hier ist das folgende:

Jedes Kind – auch wenn es nicht die öffentliche Volksschule besucht – hat ein Anrecht auf die bestmögliche Bildung.

Schliesslich: Bei der Abstimmung über das Covid-Gesetz am 28. November geht es auch um die gravierenden Auswirkungen der Zertifikatspflicht für Kinder. Viele unserer Kinder werden durch diese völlig unverhältnismässige Massnahme vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, weil sie mit ihren ungeimpften Eltern nicht mehr in die Badi, ins Kino, in die Bibliothek oder in den Zoo dürfen. Die Kinder werden also ausgegrenzt und in zwei Klassen eingeteilt. Diesen unglaublichen Eingriff in die Grundrechte stoppen wir am effizientesten, wenn wir alle – geimpft oder ungeimpft – am 28. November ein Nein in die Urne legen.

Online:  18



Damit wir weiterhin so erfolgreich und effektiv kämpfen können, sind wir auf die Unterstützung möglichst vieler Menschen angewiesen. Besten Dank deshalb für Ihre Spende auf www.lehrernetzwerk-schweiz.ch/spenden.

Jérôme Schwyzer
Präsident und Mitgründer
Lehrernetzwerk Schweiz

«Das Covid-Zertifikat bedeutet für unsere Branche eine Katastrophe»

Wie wirken sich die behördlichen Massnahmen auf die Fitnesscenter aus? Die Unternehmerin und ehemalige Fitness-Weltmeisterin Kathi Fleig gibt Auskunft.

Frau Fleig, was bedeutet das Covid-Zertifikat für Sie?

Das Covid-Zertifikat bedeutet für unsere Branche eine Katastrophe. Lassen Sie mich etwas ausholen: Die ersten Auswirkungen von Covid-19 haben wir bereits im Februar 2020 gespürt. Weil keiner wusste, was auf uns zukommen würde, war der Aboverkauf schon damals rückläufig. Im März 2020 wurden dann die ersten Massnahmen getroffen, für uns hauptsächlich Kapazitätseinschränkungen, es durfte nur noch eine bestimmte Anzahl Personen pro m² Fläche trainieren. Kurz darauf folgte der erste Lockdown – ein Schock. Obwohl sich gesunde Menschen nicht vor diesem Virus fürchten müssen, mussten wir unsere Center 2 Monate geschlossen halten. Schon während dieser Zeit trafen ganze Berge von Kündigungen ein. Die Mitglieder wollten ihre Mitgliedschaft nicht verlängern, neue Mitglieder gab es keine, die bestehenden Mitglieder wollten ihre Mitgliederbeiträge nicht mehr bezahlen oder forderten Geld zurück.

Hat sich die Lage danach verbessert?

Nein! Nach der Wiedereröffnung Mitte Mai 2020 blieb es ruhig. Das Wetter war schon während dem Lockdown I aussergewöhnlich schön und warm, der Tenor der Menschen war, «ich trainiere jetzt erstmal draussen». Mitte September 2020 haben die Aboverkäufe dann wieder leicht angezogen, um mit der steigenden Angst vor einem zweiten Lockdown ab Oktober 2020 wieder zusammenzubrechen. Die Lage spitzte sich zu, Maskenpflicht, Einschränkungen im Trainingsbereich, Geräte mussten gesperrt werden, Kurse durften nur noch mit sehr wenigen Personen durchgeführt werden. In den Centern war alles mit Klebeband vollgekleistert, die Gehwege wurden markiert, Geräte, Garderobekästen und Duschen gesperrt, Sauna war nicht mehr erlaubt, die Öffnungszeiten wurden eingeschränkt. Es versteht sich von selbst, dass die Aboverkäufe komplett eingebrochen sind, was in unserer Branche zu riesigen Verlusten geführt hat. In einzelnen Kantonen wurden die Fitnesscenter bereits ab Ende Oktober 2020 ein zweites Mal geschlossen, in Zürich ab dem 22. Dezember. Wir haben mindestens ein Drittel aller Mitglieder verloren. Bis jetzt sind viele dieser Mitglieder nicht mehr zurückgekehrt. Durch die Einführung des Covid-Zertifikates hat sich die Besucherzahl über alle 3 Gyms um über 50 Prozent reduziert.

Kommen wir noch einmal auf die verschärfte Zertifikatspflicht zurück.

Die gesamte Branche hat auf steigende Zahlen nach den Sommerferien 2021 gehofft, diese Hoffnung wurde jedoch durch die drohende Zertifikatspflicht wieder zunichte gemacht. Gerade unter sportlichen und gesunden Menschen gibt es eine grosse Anzahl, die sich nicht impfen lassen will. Das sind nicht nur junge Menschen, sondern auch viele ältere, die bewusst etwas für ihr Immunsystem getan haben. Mit der tatsächlichen Einführung der Zertifikatspflicht ist der Verkauf von Neu-Mitgliedschaften wieder total eingebrochen.

Wie steht es um die finanzielle Lage der KMU?

Die finanzielle Lage der Klein- und Mittelunternehmen ist prekär. Die Reserven sind komplett aufgebraucht, und es ist keine Besserung in Sicht. Die Gyms haben sich geleert und präsentieren sich zum Teil wie ausgestorben.

Sie möchten Ihre Kunden nicht diskriminieren. Wie versuchen Sie dies mit den gesetzlichen Vorgaben zu vereinbaren?

Es ist richtig, dass ich gegen jegliche Form von Diskriminierung bin. In meinen Gyms waren schon immer alle herzlich willkommen, die sich an unsere internen Regeln gehalten haben. Das ist ja das Schöne an einem Gym, in Trainingsklamotten sind alle gleich, egal, welche Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung, welche Religion, welche



Kathi Fleig ist Inhaberin von David Gym und ehemalige Fitness-Weltmeisterin.

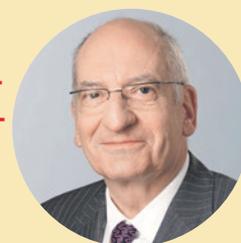
Position im beruflichen Leben sie haben. Es war schon immer so, dass Hygiene im Fitness-Studio grossgeschrieben wird und dass man zu Hause bleibt, wenn man sich krank fühlt. Es ist traurig zu sehen, wie selbst in den Fitnesscentern die Spaltung der Gesellschaft Einzug gehalten hat. Bei uns im David Gym ist weiterhin jeder herzlich willkommen, wir haben über die 30-Personen-Regel für beständige Gruppen unser Schutzkonzept aufgebaut.

Welche Folgen haben die Massnahmen der Behörden für Sie?

Sie bedeuten für mich und unsere Branche, dass vor allem die Klein- und Mittelunternehmen, also die inhabergeführten Betriebe, verschwinden werden. Die grossen Ketten werden überleben, sie haben finanzkräftige Investoren im Rücken oder können ihre Fitnesscenter quersubventionieren. Es ist traurig mitzuerleben, dass genau die Betriebe, wo die Menschen noch im Vordergrund stehen, wo die Liebe und Leidenschaft zum Sport und zum Training gelebt wird, wo auch die Mitarbeiter noch geschätzt werden, kaputtgemacht werden.

»

«Nach dem Zweiten Weltkrieg brauchte es mehrere Initiativen, um den Bundesrat zu zwingen, seine Vollmachten abzugeben. Die Situation scheint mir heute ähnlich.»



Alt Bundesrat Pascal Couchepin

(Bild: admin.ch)

Gemeinsam gegen Diskriminierung!

Ja, ich bin geimpft. Und nein, ich will nicht, dass Ungeimpfte diskriminiert werden. Ein Plädoyer für eine solidarische Gesellschaft über den Impfgraben hinweg.

Es ist die Gretchenfrage der Gegenwart: Wie hältst du mit der Impfung? Diese Frage spaltet die Gesellschaft, ja, sie entzweit Familien und Freunde. Blankes Unverständnis trifft auf blankes Unverständnis: Die einen verstehen nicht, dass man sich impfen lässt. Und die anderen verstehen nicht, dass man sich nicht impfen lässt.

Die Impffrage ist zum zentralen Unterscheidungsmerkmal geworden; sie teilt die Bevölkerung in zwei Lager, die sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen.

Nicht die erhoffte Schutzwirkung

Wo liegen die Ursachen für diese Situation? Und wie lässt sie sich überwinden?

Meine Antwort auf diese Fragen gründet in meiner persönlichen, authentischen Erfahrung. Es ist eine Erfahrung, die wohl viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land mit mir teilen. Ich habe mich im Frühling 2021 impfen lassen, weil ich aufgrund der damals verfügbaren Informationen davon ausging, dass dies, insbesondere für Personen mit Vorerkrankungen, hilfreich ist. Wenige Wochen nach der zweiten Dosis mit dem Moderna-Impfstoff bin ich dann aber trotzdem positiv auf Covid-19 getestet worden.

Zumindest in meinem Fall hat die Impfung also nicht die erhoffte Schutzwirkung entfaltet. Später wurde bekannt, dass sogenannte Impfdurchbrüche zur Tagesordnung gehören und dass die Impfung immer wieder «aufgefrischt» werden muss.

«Obwohl ich geimpft bin, kann, will und darf ich als Bürger des demokratischen Rechtsstaats Schweiz nicht akzeptieren, dass Ungeimpfte diskriminiert werden.»

Gefährliche Schieflage des Staatswesens

Dennoch mache ich mir nicht an, die Impfung zu verurteilen. Solange sie ein freiwilliges medizinisches Angebot ist, das jede und jeder nach eigenem Ermessen annehmen oder ablehnen kann, ist nichts gegen sie einzuwenden.

Mit dieser Freiwilligkeit – eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einem liberalen Rechtsstaat – ist es nun allerdings spätestens seit der massiven Ausdehnung der Zertifikatspflicht und der gleichzeitigen Aufhebung der kostenfreien Tests vorbei. Damit übt der Staat einen erheblichen Druck auf die Bürgerinnen und Bürger aus, sich gegen Covid-19 zu impfen – ansonsten drohen ihnen Ausschluss und Diskriminierung.

Obwohl ich geimpft bin, kann, will und darf ich als Bürger des demokratischen Rechtsstaats



Schweiz nicht akzeptieren, dass Ungeimpfte diskriminiert werden. Dass man dies überhaupt betonen muss, zeigt, in welcher gefährlichen Schieflage unser Staatswesen geraten ist.

Nein zur Diskriminierung

Muss ich ein Schwarzer sein, um die Diskriminierung von Schwarzen abzulehnen? Natürlich nicht. Sie ist falsch und dumm und verstösst gegen Grundrechte. Mit der Diskriminierung aufgrund der Impfung oder Nicht-Impfung mit einem im Schnellverfahren zugelassenen Covid-19-Impfstoff verhält es sich genauso: Sie ist falsch und dumm und verstösst gegen Grundrechte.

Wir können einen grossen Schritt zur Überwindung der Spaltung tun, wenn Geimpfte und Ungeimpfte am 28. November solidarisch Nein zur Diskriminierung sagen.



Dr. Philipp Gut

ist Historiker, Buchautor («Jahrhundertzeuge Ben Ferencz») und einer der profiliertesten Journalisten der Schweiz. Mit seiner Agentur Gut Communications berät er Unternehmen, Parteien, Verbände, Bürgerrechtsorganisationen und Privatpersonen.

Die Freunde der Verfassung – Heimat für viele

Wir sind der Verein, der den Politikern mit Argusaugen auf die Finger schaut – und sich eigentlich auflösen möchte. Dies aber erst, nachdem unsere verfassungsmässigen Rechte wiederhergestellt worden sind.

Bei der Gründung des Vereins «Freunde der Verfassung» (FdV) im Juli 2020 war eine Mitgliederzahl von 20'000 oder mehr nicht einmal angedacht. Auch waren nicht zwei Referenden und zwei Abstimmungskämpfe geplant. Und eine Rolle als unterstützende Gemeinschaft bei weiteren Referenden und Initiativen kam uns sicher nicht in den Sinn. Aber – es kam alles anders.

Alle sind willkommen

Heute sind wir eine Gemeinschaft mit über 120 Regiogruppen in der ganzen Schweiz, auch die Romandie und das Tessin sind aktiv dabei. Diese Gruppen sind ganz verschiedener Natur: Die einen sind enorm aktiv unterwegs mit Flyern und Unterschriftensammeln, andere klären auf, erarbeiten Notfallkonzepte oder Statistiken, und weitere sind schlichtweg eine Anlaufstelle für die Ratlosigkeit in der gegenwärtigen Lage. Dies ist das Spiegelbild unserer Mitglieder, denn jede und jeder hat andere Bedürfnisse. Worüber sich alle einig sind: keine

Spaltung der Gesellschaft! Und deswegen sind alle willkommen.

Es wird enorm viel Freiwilligenarbeit geleistet, sei es in der Betreuung einer Regiogruppe, im Logistikzentrum, als Fahrer oder Übersetzerin. «So kann ich meinen Frust und meine Wut in etwas Positives in dieser grossen Familie umwandeln», haben wir kürzlich von einer Helferin gehört. Die Mitglieder unterstützen sich auch gegenseitig, wenn es um Fragen zum Sammelurteil der Massnahmen geht.

Es braucht das gesamte Schweizer Volk

Da FdV mittlerweile kein Start-up mehr sind, haben wir auch einige Prozesse und Strukturen einführen müssen. Diese ermöglichen die Verwaltung eines Vereins dieser Grösse. Wobei der Vorstand sehr darauf bedacht ist, dass die basisdemokratischen Rechte der Mitglieder bewahrt werden. Was die Freunde der Verfassung nicht sind: die allumfassende Heilung der Verfassungsbrüche! Dazu braucht es das gesamte Schweizer Volk und



Marion Russek ist Co-Präsidentin der Freunde der Verfassung und ehemalige Headhunterin. Sie wohnt in Steinhausen.

jeden Einzelnen. Aber wir schöpfen die rechtlichen Möglichkeiten für die Rückkehr zu vollständig angewandten Grundrechten aus. Das geht leider nicht über Nacht – wir bleiben dran. Und irgendwann braucht es unseren Verein dann hoffentlich gar nicht mehr...

Mitmachen

Jedes neue Mitglied stärkt den Souverän! Gemeinsam ist unsere Bürgerbewegung stark und einflussreich.

www.verfassungsfreunde.ch



Die immensen Kosten der «Pandemie»

Die Corona-Massnahmen verursachen Schäden unvorstellbaren Ausmasses. Noch viel grösser als die finanziellen sind die gesellschaftlichen Kosten.

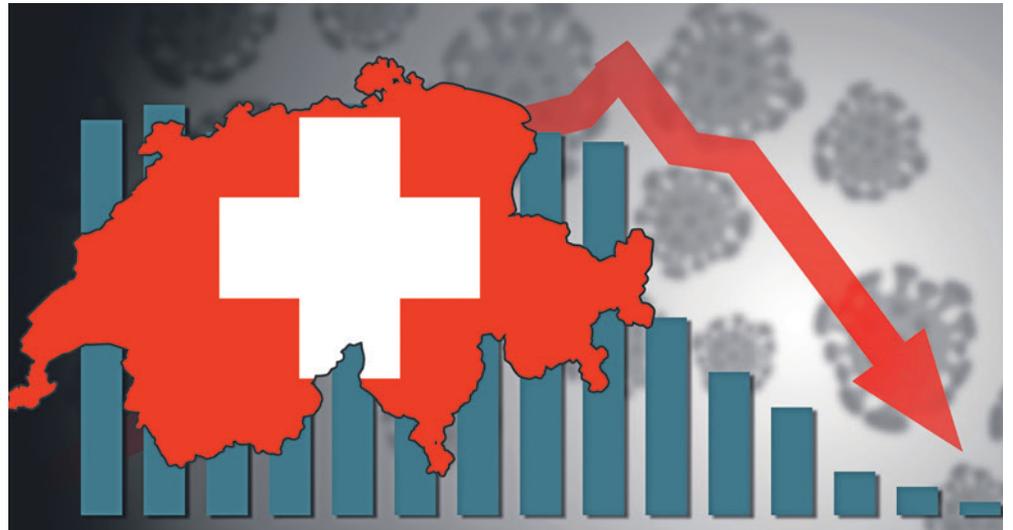
Eine derart teure Politik hat sich die Schweizerische Eidgenossenschaft noch nie geleistet. Das Staatsdefizit stieg im vergangenen Jahr aufgrund der Corona-Massnahmen auf rekordhohe 15,8 Milliarden Franken. Und das Loch in der Bundeskasse, das am Ende der Mittelstand und die künftigen Generationen stopfen müssen, wird noch grösser: Für das laufende Jahr rechnet der Bund mit einem erneut anwachsenden Defizit von 17,4 Milliarden Franken. Schuld an diesen Rekordschulden sind die behördlichen Coronamassnahmen. Auf ihr Konto gehen laut Angaben des Bundes ganze 16,4 Milliarden.¹

Kahlschlag in der Wirtschaft

Das Defizit ist jedoch nur das eine. Noch banger wird einem, wenn man die gesamte Dimension ins Auge fasst: Die NZZ bezifferte die Kosten der Coronakrise bereits im Herbst 2020 auf 138 Milliarden Franken.²

Die von den Behörden verordneten Massnahmen verursachen in vielen Wirtschaftsbereichen einen Kahlschlag. Gemäss dem Branchenverband Gastrosuisse wurden allein in der Gastronomie seit dem letzten Jahr 53'000 Arbeitsplätze zerstört.³ Die Folgekosten sind immens, ganz zu schweigen von den menschlichen Schicksalen und Tragödien, die sich hinter den nackten Zahlen verbergen.

Der englische «Guardian» schätzt, dass weltweit 1,1 von 3,3 Milliarden arbeitende Menschen stark von den Corona-Massnahmen



Die von den Behörden verordneten Massnahmen verursachen in vielen Wirtschaftsbereichen verheerende Schäden, Betriebsschliessungen und Entlassungen, während das Loch in der Bundeskasse immer grösser wird.

betroffen sind und riskieren müssen, ihre Lebensgrundlage zu verlieren.⁴

Opfer sind die Jungen – und unsere Freiheit

Auch wenn es schliesslich nicht ganz so dramatisch ausfallen sollte – noch viel grösser als die rein finanziellen sind die psychischen und gesundheitlichen Kosten der «Pandemie». Besonders betroffen sind die Kinder und Jugendlichen; die psychiatrischen Abteilungen

für unsere Jüngsten sind bereits heute überlastet.

Das grösste Opfer der Massnahmen-Pandemie ist aber wohl unsere Freiheit. Es sind die menschlichen Grundrechte, die mit Füessen getreten werden. Es ist die mutwillig betriebene Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dies alles steht in keinem Verhältnis zum Nutzen und der Wirksamkeit der Massnahmen.⁵ Umso wichtiger ist es, dass wir am 28. November ein klares Zeichen setzen und Nein sagen zur Spaltung der Gesellschaft. Online: **19**

 **Zertifikat
nur mit
Dauerimpfen!**

**Gefährliche
Covid-Verschärfung** **NEIN**